

Klingemann, Hans-Dieter; Roller, Edeltraud; Volkens, Andrea; Weßels, Bernhard;
Alber, Jens

Working Paper

Entwicklung und Perspektiven der Demokratien in Ost und West:
Abschlusskolloquium der Abteilung Institutionen und Sozialer Wandel
mit einer Einführung von Jürgen Kocka

WZB Discussion Paper, No. P 2003-003

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter; Roller, Edeltraud; Volkens, Andrea; Weßels, Bernhard; Alber, Jens (2003) : Entwicklung und Perspektiven der Demokratien in Ost und West: Abschlusskolloquium der Abteilung Institutionen und Sozialer Wandel mit einer Einführung von Jürgen Kocka, WZB Discussion Paper, No. P 2003-003, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50231>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hans-Dieter Klingemann, Edeltraud Roller,
Andrea Volkens, Bernhard Weißels und Jens Alber

Entwicklung und Perspektiven der Demokratie in Ost und West

Abschlusskolloquium der Abteilung
Institutionen und sozialer Wandel mit einer
Einführung von Jürgen Kocka

4. April 2003

Best.-Nr. P 2003-003

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

Beim Präsidenten

Berlin, Mai 2003

Inhaltsverzeichnis

Einführung <i>Jürgen Kocka</i>	5
Zum Forschungsprogramm der Abteilung 1989 bis 2003 <i>Hans-Dieter Klingemann</i>	9
Die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in Mittel- und Osteuropa <i>Hans-Dieter Klingemann</i>	15
Parteiendemokratie in Europa: Die Frage des Politikangebots <i>Andrea Volkens</i>	22
Probleme der Demokratie in der EU <i>Bernhard Weßels</i>	28
Die Leistungsfähigkeit von Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien <i>Edeltraud Roller</i>	39
Kommentar zum Abschlussbericht der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel <i>Jens Alber</i>	45
Das WZB als Träger sozialwissenschaftlicher Forschung: Ein Nachwort <i>Hans-Dieter Klingemann</i>	58

Jürgen Kocka

Einführung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zu einer Veranstaltung besonderer Art.

Die Abteilungen und AGs, die auslaufen, sollten nicht stillschweigend und nicht ohne Aufsehen aus dem WZB verschwinden, sondern mit einer angemessenen Veranstaltung, in der sie Bilanz ziehen und sich gewissermaßen verabschieden und vom WZB verabschiedet werden. Das tut heute die Abteilung Institutionen und sozialer Wandel, die unter Leitung Hans-Dieter Klingemanns im WZB seit 1989 besteht, und in diesem Jahr, 2003, mit dem Ausscheiden von Herrn Klingemann nun auch aus dem aktiven WZB-Dienst zu Ende geht.

Die Abteilung gehört dem WZB viel länger an als ich. Viele von Ihnen kennen sie besser als ich. Sie wird gleich selbst Bilanz ziehen, unter dem Thema „Entwicklung der Demokratie in Ost und West“. Lassen Sie mich kurz sagen, was ich an der Abteilung *besonders* bemerkenswert finde.

Ihr Forschungsprogramm wurde vor den Revolutionen in Ostmittel- und Osteuropa entwickelt, doch hat sie sich dann schnell der Herausforderung gestellt und die Chancen ergriffen, die durch den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und den Umbruch bei unseren östlichen Nachbarn entstanden. Sie hat ergiebige Forschungen über die ost-, ostmittel- und südosteuropäischen politischen Systeme betrieben und umfangreiche Netzwerke in diese Länder hinein aufgebaut. Ich erinnere nur an die bisher neun Bände „Founding Elections in Eastern Europe“, eine Reihe, die fortgesetzt wird.

Die Forschungen der Abteilung sind in besonderem Maße WZB-spezifisch gewesen, sind es – soweit sie fortbestehen – auch weiterhin. Sie nutzen die Chancen und Arbeitsmöglichkeiten, die das WZB anders als die meisten Hochschulen bietet, in besonderer Weise. Damit meine ich, dass die Forschung der Abteilung auf großen, systematisch aufbereiteten Datensammlungen fußt, dass sie systematisch-arbeitsteilig erfolgt, dass sie in große internationale Netzwerke eingebettet ist und diese teilweise koordiniert. Ich meine, dass die Abteilung uns große internationale Konferenzen ins Haus geholt hat, auch immer wieder renommierte internationale Gäste, ich nenne nur beispielsweise David Easton, Ronald Inglehart, Arend Lijphart, Seymour M. Lipset und Richard I. Hofferbert. Die Forschungen waren und sind strikt empirisch, auch quantifizierend, zugleich an Theorien orientiert. Es war und ist international vergleichende Forschung. Es ist häufig auch Forschung, die dem

common wisdom und gepflegten Vorurteilen kritisch widerspricht und Wissen bereitstellt, das nicht nur aufklärt, sondern auch politisches Handeln erleichtert.

Jedenfalls für jemanden wie mich, der doch letztlich von außen auf die Abteilung blickt, fällt auf, wie eng gefügt die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder ist, wie sehr sie ein und demselben Paradigma folgen, wie eng ihre Zusammengehörigkeit ist. Ob das aus der Binnenperspektive anders ist, kann und will ich nicht beurteilen. Beurteilen aber kann ich das hohe Maß an *Akzeptanz*, das die Abteilung im Lande und international mit ihren Leistungen gefunden hat. Es zeigt sich an internationalen Einladungen, Ämtern und Ehrungen, insbesondere für den Direktor; es zeigt sich aber auch an der Wegrekrutierung mehrerer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dieser Abteilung, auf gesuchte und ehrenvolle Stellen im Universitätsbereich. Ich hebe das gern und mit sehr viel Respekt hervor.

So sehr das WZB von den Leistungen gerade auch seiner langjährigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen lebt und profitiert, so normal ist andererseits der Wechsel von wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen auf Dauerstellen außerhalb, besonders auf Hochschullehrerstellen in den Universitäten. Und solche Rufe sind als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung zu begreifen, nicht nur für die betreffende Person, sondern auch für die betreffende Abteilung oder AG – so sehr diese gleichzeitig den Weggang als Verlust bedauern mag.

Dass Ihnen in dieser Abteilung das in so hohem Maße gelungen ist, möchte ich anerkennend hervorheben. Dass der anstehende Umbau dadurch erleichtert wird, liegt auf der Hand. Wobei gleichzeitig zu betonen ist, dass auch künftig Forschungslinien und Forschungsnetze, die in dieser Abteilung entwickelt und praktiziert worden sind, im WZB weiter wirken und weiterleben werden – sehr im Interesse des WZB.

Die Abteilung, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, ihre Leistungen und ihr Auftreten in den verschiedensten Arenen haben dem WZB Ehre eingebracht. Wir sind Ihnen dafür zu großem Dank verpflichtet.

Persönlich danke ich Ihnen für gute und enge Zusammenarbeit, für Ihr Engagement, Ihre Kritik (häufig) und Ihre Zustimmung (manchmal).

Sie wissen, wie sehr ich mich darum bemühe, besonders bei den Direktoren, aber auch bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen so etwas wie *WZB-citizenship* zu finden. Engagement für das WZB über die eigenen Abteilung, über die eigenen Forschungen hinaus, darum geht es. Vor allem bei Ihnen, Herr Klingemann, und bei Ihnen, Herr Weßels, habe ich dies in hohem Maße gefunden, wofür ich mich besonders bedanke.

Wir verabschieden nicht die Mitglieder dieser Abteilung – zum Teil bleiben sie hier, zum Teil wird Gelegenheit zur persönlichen Würdigung später sein; Herr Klingemann hält seine Abschiedsvorlesung später im Jahr. Vielmehr begrüßen wir *ehemalige* Mitglieder der

Abteilung, die zum Zweck der Teilnahme heute zurückgekehrt sind. Aber wir verabschieden die Abteilung mit Anerkennung und Dankbarkeit. Und wir sind gespannt darauf, wie die Abteilung sich nun selbst verabschieden wird.

Zum Forschungsprogramm der Abteilung 1989-2003

1. Fragestellung, theoretische Orientierung und Struktur des Forschungsprogramms

1.1 Problembezug und Fragestellung

Allgemeiner Ausgangspunkt des Forschungsprogramms war die Frage nach der Eignung und Fähigkeit der demokratischen Institutionen und der politischen Akteure moderner Gesellschaften, die unterschiedlichen Ansprüche ihrer Bürger aufzunehmen und erfolgreich zu verarbeiten.

Konkret richtete sich das Forschungsinteresse auf repräsentative Demokratien. Im Einklang mit generellen Problemdiagnosen wurde davon ausgegangen, dass sich die Voraussetzungen für die Aufnahme und die Verarbeitung der Ansprüche der Bürger in den letzten Jahrzehnten durch drei gesellschaftliche und politische Wandlungsprozesse grundlegend geändert haben:

1. Prozesse des wirtschaftlich-technischen, kulturellen und politischen Wandels haben vor allem in den 70er Jahren in den westlichen Demokratien zu einem veränderten Verhältnis der Bürger zur Politik geführt. Die Bürger konfrontierten die demokratischen Institutionen mit neuen Ansprüchen und forderten mehr Beteiligung an politischen Entscheidungen. Diese Entwicklung wurde im Bereich des Umweltschutzes und durch die Erweiterung des Repertoires politischer Partizipationsformen besonders sichtbar.
2. Die fundamentalen Umwälzungen und Demokratisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa seit Ende der 80er Jahre stellen die dort entstehenden demokratischen politischen Institutionen vor besondere Herausforderungen. Hier geht es insbesondere um die Frage ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Unterstützung durch die Bürger. Durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts kommt es jedoch auch zu Rückwirkungen auf die Politik der westlichen Demokratien. Das betrifft insbesondere Fragen der Legitimation konkreter demokratischer politischer Institutionen.
3. Prozesse der ökonomischen Globalisierung und der Internationalisierung des Regierens weisen in den 90er Jahren auf eine wachsende Bedeutung supranationaler Politik und auf eine abnehmende Handlungs- und Steuerungsfähigkeit des Nationalstaats hin.

Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Wandlungsprozesse stellten sich für das Forschungsprogramm der Abteilung insbesondere zwei Fragen:

1. Inwieweit werden die demokratischen Institutionen und die politischen Akteure dem Vermittlungsbedarf gerecht, den die veränderten Problemlagen und Ansprüche der Bürger nach sich ziehen?
2. Wie ist die Problemlösungs- und Leistungsfähigkeit der demokratischen Institutionen und der politischen Akteure einzuschätzen?

Das Forschungsprogramm der Abteilung hat diese Fragen aufgegriffen und versucht, für zentrale Aspekte theoretische und empirische Klärungen vorzunehmen.

1.2 Theoretische Orientierung

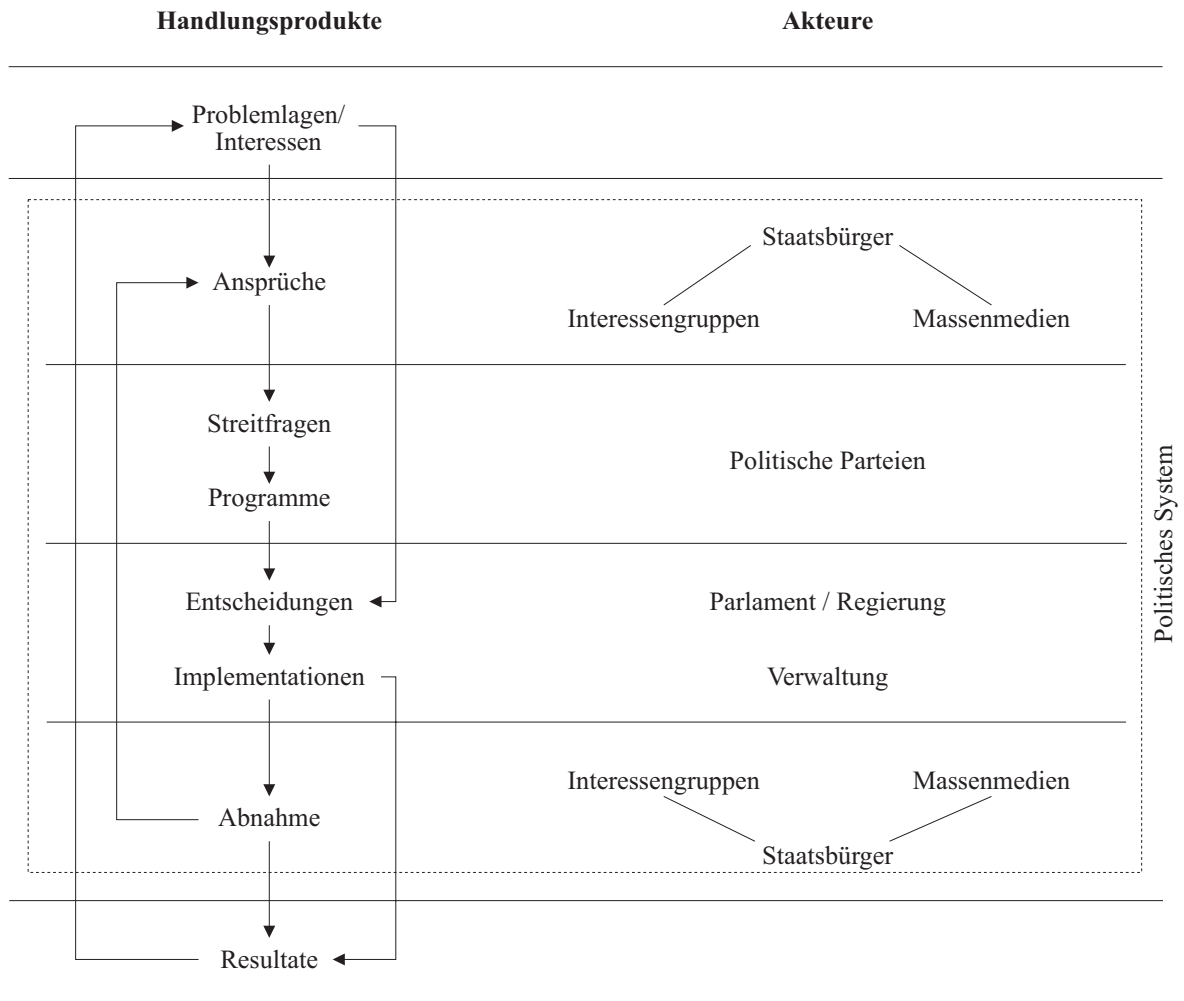
Das Forschungsprogramm wurde durch eine demokratietheoretische Orientierung geleitet. Normativ gilt dabei die Prämisse, dass Demokratien vor allem durch zwei Prinzipien gekennzeichnet sind: Es soll für das Volk und durch das Volk regiert werden. Aus diesem Grund standen die Bürger mit ihren Erwartungen, Ansprüchen und ihrer politischen Beteiligungsbereitschaft im Mittelpunkt des Forschungsinteresses.

Die Abteilung hat sich darum bemüht, die verschiedenen Forschungsprojekte in einen gemeinsamen theoretischen Rahmen einzubetten. Dieser theoretische Rahmen verbindet Ansätze der System- und der Handlungstheorie. In Anknüpfung an systemtheoretische Vorstellungen wird das politische System als ein Leistungssystem begriffen, dessen spezifische Funktion in der Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen besteht. Der demokratische Prozess wird handlungstheoretisch als gerichtete Abfolge der von Handlungsprodukten der unterschiedlichen Akteure des politischen Systems begriffen.

Nach der demokratischen Grundnorm beginnt dieser Prozess bei den Ansprüchen der Bürger. Diese Ansprüche werden von den Bürgern direkt, aber auch indirekt durch die Interessengruppen, die sozialen oder politischen Bewegungen und die Massenmedien artikuliert. Die politischen Parteien greifen bestimmte Ansprüche auf und machen sie zum Gegenstand des Parteienwettbewerbs. Aus den Ansprüchen der Bürger werden auf diese Weise politische Streitfragen. Wenn sie passfähig sind, werden die politischen Streitfragen gebündelt und in die Programme der politischen Parteien aufgenommen. Durch wettbewerbsorientierte, demokratische Wahlen finden die Inhalte von Parteiprogrammen Eingang in Parlament und Regierung und erhalten die Chance, in kollektiv bindende Entscheidungen umgesetzt und von der Verwaltung implementiert zu werden. Solche Entscheidungen von Parlament und Regierung haben Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bür-

ger, die nun wiederum von ihnen selbst, ihren Organisationen und den Massenmedien beurteilt werden. Damit schließt sich der Kreis, denn die „Resultate“ von Politik und ihre Beurteilung wirken auf die gesellschaftlichen Problemlagen und die Ansprüche der Bürger zurück.

Abbildung 1: Ein Modell des demokratischen Prozesses



entnommen aus: Fuchs 1993

Die systemtheoretische Perspektive ermöglicht es, Politik als Prozess zu modellieren. Die handlungstheoretische Perspektive erlaubt es, zentrale Handlungsprodukte der politischen Akteure zu definieren. Damit kann der demokratische Prozess als eine bestimmte Art der Verknüpfung von bestimmten Handlungsprodukten modelliert werden. Diese Verbindung von System- und Handlungstheorie hat sich als metatheoretische Orientierung für das Forschungsprogramm der Abteilung bewährt (s. Abbildung 1).

Für die Beantwortung der Frage nach der Qualität politischer Prozesse und ihrer Resultate werden allerdings auch Kriterien benötigt, die geeignet sind, die substantielle und die prozedurale Leistungsfähigkeit moderner Demokratien zu beurteilen. Diese Kriterien wurden durch eine systematische Analyse normativer Demokratietheorien, vor allem solche der liberalen oder repräsentativen Demokratie, gewonnen. In Anknüpfung an Eckstein (1971) und Almond und Powell (1978) wurde der Begriff der „Qualität“ durch den Begriff der „Performanz“ ersetzt. In dieser Tradition meint der Begriff der Performanz die bewerteten Ergebnisse der politischen Prozesse.

Responsivität und Effektivität wurden als die zentralen normativen Beurteilungskriterien herausgearbeitet. Bei der Responsivität geht es um die Qualität der Aufnahme der Ansprüche der Bürger durch die politischen Akteure. Bei der Effektivität geht es um die Qualität der tatsächlichen Realisierung solcher Ansprüche durch die politischen Akteure. Prinzipiell wird zwischen systemischer und demokratischer Performanz unterschieden. In ihrer Eigenschaft als politisches System wird auch von einer Demokratie erwartet, dass sie bestimmte Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen hat. Die entscheidende Ressource zur Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen ist Macht. Das unterscheidet eine Demokratie nicht von anderen politischen Systemen. Unter diesem Aspekt steht sie mit anderen Regierungsformen in einem Konkurrenzverhältnis. Ihre Überlegenheit in der Erzielung bestimmter politischer Resultate, wie zum Beispiel von Wirtschaftswachstum oder innerer Sicherheit, muss also empirisch erst demonstriert werden. Stellt man lediglich auf die Leistungen des demokratischen Systems für die Gesellschaft ab, dann geht es „nur“ um systemische Performanz. Nun bezieht sich die Legitimation der modernen repräsentativen Demokratie aber weniger auf die Erbringung bestimmter Resultate von Politik als auf die Verfahren zu ihrer Herstellung. Der Begriff der repräsentativen Demokratie enthält Wertgesichtspunkte für die Ausgestaltung solcher Verfahren. Je stärker diese Verfahren in einem konkreten Fall den Wertgesichtspunkten repräsentativer Demokratie entsprechen und auch tatsächlich befolgt werden, desto größer ist die demokratische Performanz.

Die Unterscheidung zwischen systemischer und demokratischer Performanz ist besonders wichtig für die Bestimmung der Wahrscheinlichkeit der Konsolidierung und Persistenz von Demokratien. Dabei gilt die Annahme, dass sich demokratische Systeme langfristig weniger durch ihre systemische Performanz als durch ihre demokratische Performanz stabilisieren lassen.

Die Vorstellungen von den Verfahren zur Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen in Demokratien und die Vorstellungen von der „guten“ demokratischen Polity können unterschiedlich sein. Aus diesem Grunde wurden Kriterien herausgearbeitet, die – je nach unterschiedlichem Demokratieverständnis – unterschiedlich sein können. Das Forschungsprogramm der Abteilung hat sich dabei besonders auf die Unterschiede zwischen einer

libertären, liberalen, republikanischen und sozialistischen Konzeption von Demokratie konzentriert. Auf diese Weise konnten alternative demokratische Ordnungsvorstellungen und Beurteilungskriterien theoretisch eingeordnet und empirische Befunde erklärt werden.

1.3 Struktur des Forschungsprogramms

Im Einklang mit der grundlegenden theoretischen Ausrichtung des Forschungsprogramms wurde zwischen den folgenden drei Untersuchungsobjekten unterschieden:

- den Bürgern;
- den kollektiven Akteuren und politischen Institutionen;
- den politischen Eliten.

Die Forschungen konzentrierten sich entsprechend auf (1) die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger, (2) die Handlungsprodukte der politischen Akteure und die Strukturen der politischen Institutionen sowie (3) auf die Einstellungen und Verhaltensweisen der politischen Eliten. Diese Ausrichtung führte zur Aufgliederung des Forschungsprogramms der Abteilung in die folgenden drei Bereiche:

- Bürger und Politik;
- kollektive Akteure und politische Systeme;
- politische Eliten und politische Repräsentation.

In diesen drei Bereichen wurden zentrale Fragen der Demokratieforschung in empirischen – vor allem international vergleichenden – Projekten bearbeitet. Die Fragestellungen konzentrierten sich entweder auf die Makro- oder die Mikroebene des politischen Systems oder sie analysierten die Beziehungen zwischen diesen beiden Ebenen.

Die wichtigsten Datenquellen für die Mikroebene stellten repräsentative Bevölkerungs- und Eliteumfragen. Auf der Makroebene waren es Struktur- und Leistungsindikatoren der kollektiven Akteure und der verschiedenen Subsysteme der Politik. Teilweise konnte dabei auf bereits vorliegende Daten zurückgegriffen werden. In vielen Fällen hat die Abteilung jedoch auch eigene Erhebungen durchgeführt, die in überwiegendem Maße durch Drittmittel finanziert wurden.

Die wichtigsten Ergebnisse des Forschungsprogramms der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel wurden im Abschlussbericht der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel zusammengefasst und dokumentiert. Der Bericht erfasst die Publikationen, die Primärerhebungen, die Konferenzen und die Gäste der Abteilung. Die Forschungsergebnisse können an dieser Stelle nicht umfassend vorgetragen werden. Deswegen haben wir uns entschlossen, die generelle Stoßrichtung des Forschungsprogramms an ausgewählten

Beispielen deutlich zu machen. Diese Beispiele beziehen sich (1) auf Fragen der Unterstützung der Demokratie durch die Bürger in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas; (2) auf das Politikangebot der Parteien in Westeuropa; (3) auf die Performanz repräsentativer Demokratien in den Ländern der OECD und (4) auf Aspekte der politischen Repräsentation in der Europäischen Union (EU).

Literatur

Almond, Gabriel A. und G. Bingham Powell (1978). *Comparative Politics. System, Process and Policy*. Boston: Little, Brown & Company (2. Auflage).

Eckstein, Harry (1971). *The Evaluation of Political Performance*. Beverly Hills, CA: Sage.

Hans-Dieter Klingemann

Die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in Mittel- und Osteuropa

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime und der Einführung der Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat sich eine alte Frage der politischen Kulturforschung neu gestellt: Gehört es zu den Bedingungen der Konsolidierung dieser Demokratien, dass sich dort eine politische Kultur entwickelt, die den neuen demokratischen Strukturen entspricht? Die Abteilung konnte diese Problematik ohne Schwierigkeiten bearbeiten, weil die Frage nach der Unterstützung der Demokratie in den etablierten Demokratien des Westens zum Kernbestand ihres Forschungsprogramms gehörte. In der Tradition von Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) und David Easton (1965, 1975) hat insbesondere Dieter Fuchs (1989, 2002) das Konzept der politischen Kultur theoretisch weiterentwickelt und für die empirische Forschung der Abteilung fruchtbar gemacht. Dabei wurden als konstitutive Merkmale des Paradigmas der politischen Kultur herausgearbeitet: (1) die Fragestellung nach der Persistenz demokratischer Regime; (2) das Basispostulat der Kongruenz von Kultur und Struktur sowie (3) der Bedeutungsgehalt der politischen Wertorientierungen, in denen die Unterstützung der Regime verankert ist.

Zwei Forschungsergebnisse, die im Rahmen dieses Paradigmas erarbeitet wurden, sollen herausgegriffen und hier kurz dargestellt werden. Sie wurden gewählt, weil sie überraschend waren, bisher gängige Erklärungsmuster abgelöst und weitere komparative Forschung angeregt haben. Das erste Ergebnis betrifft die Entdeckung der „unzufriedenen Demokraten“; das zweite die Erklärung der subjektiven Demokratiezufriedenheit.

1. Die „unzufriedenen Demokraten“

Am Anfang der Geschichte der Entdeckung der „unzufriedenen Demokraten“ stand eine Bitte der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Die Abteilung sollte eine Expertise über „das Funktionieren der Demokratie in Deutschland im Urteil der Bürger“ vorlegen. Um dieser Bitte nachkommen zu können, führte die Abteilung – gefördert durch die Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Sozial-

forschung und statistische Analysen (FORSA) – im Mai 1997 eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durch.

Table 1: Die „unzufriedenen Demokraten“ in den alten und den neuen Bundesländern, Mai 1997

Performanz der Demokratie ^{a)}	Demokratie als Ideal ^{b)}			
	Zustimmung Bundesländer		Ablehnung Bundesländer	
	alt %	neu %	alt %	neu %
Zufrieden	51	32	2	1
Unzufrieden	40*	52*	7	15
N	1710	531	171	103

a) Einstellung zur *Performanz der Demokratie*: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

b) Einstellung zur *Demokratie als Ideal*: „Ich lese Ihnen jetzt eine Meinung vor, die manchmal über Demokratie ganz allgemein geäußert wird. Können Sie mir bitte sagen, ob Sie ihr stark zustimmen, ihr zustimmen, sie ablehnen oder sie stark ablehnen?: Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform.“

* Anteil der „unzufriedenen Demokraten“.

Quelle: Umfrage der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel; Feldarbeit: FORSA.

Die Ergebnisse dieser Umfrage bestätigten einerseits bereits bekannte Befunde, andererseits widersprachen sie ihnen aber auch. Auf die Frage „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?“ antworteten 53 Prozent der Bürger in den alten Bundesländern, aber nur 33 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern, sie seien entweder sehr oder ziemlich zufrieden. Insgesamt wurden die Befunde als mangelnde Unterstützung der demokratischen Ordnung gedeutet. Diese Argumentation hat übersehen, dass in der Bevölkerung ein klarer Unterschied zwischen dem Urteil über die aktuelle Performanz der Demokratie im eigenen Land und dem Urteil darüber gemacht wurde, ob Demokratie als politisches Ideal wünschenswert sei. Dieser Sachverhalt konnte mit den Daten der Abteilungsumfrage eindeutig herausgearbeitet werden. Der Feststellung „die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform“ stimmten 91 Prozent der Befragten in den alten und 84 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern zu. Die Kombination der Antworten auf beide der genannten Fragen ergab, dass in den alten Bundesländern 40 Prozent und in den neuen Bundesländern 52 Prozent der Bürger als „unzufriedene Demokraten“ bezeichnet werden konnten. Diese Bevölkerungsgruppe war mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktio-

nierte, unzufrieden, meinte aber gleichzeitig, Demokratie als Regierungsform sei wünschenswert (Hofferbert und Klingemann, 2001) (s. Tabelle 1).

Tabelle 2: Die „unzufriedenen Demokraten“ in Europa um die Jahrtausendwende

	Demokraten		Nichtdemokraten (nicht differenziert nach dem Grad der Zufriedenheit)
	Unzufrieden	Zufrieden	
	%	%	%
<i>Alte Demokratien:</i>			
Nordirland	66	28	6
Italien	59	35	6
Belgien	47	45	8
Frankreich	45	48	7
United Kingdom	37	47	16
Finnland	36	55	9
Spanien	36	58	6
Island	34	64	2
Dänemark	32	67	1
Irland	31	63	6
Niederlande	24	72	4
Österreich	22	75	7
Westdeutschland	22	76	2
Portugal	19	74	7
Malta	18	76	6
Luxemburg	16	81	4
<i>Neue Demokratien:</i>			
Kroatien	77	18	5
Ukraine	67	16	17
Litauen	66	26	8
Slowakei	62	22	16
Rumänien	59	19	22
Lettland	59	30	11
Russland	56	7	37
Tschechien	56	37	7
Estland	55	36	9
Ungarn	54	29	17
Bulgarien	54	30	16
Polen	46	43	11
Slowenien	46	44	10
Ostdeutschland	29	64	7

Fragen: Einstellung zur *Demokratie als Ideal*: „Ich lese Ihnen jetzt einige Meinungen vor, die manchmal über Demokratien geäußert werden. Können Sie mir bitte sagen, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, zustimmen, sie ablehnen oder stark ablehnen?: Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform.“ Einstellung zur *Performanz der Demokratie*: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (Deutschland) funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

Quelle: European Values Study (EVS) 1999.

Der hohe Grad an Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie in den neuen Bundesländern war kein auf Deutschland beschränkter Einzelfall. Das belegten Analysen von Umfragen, die vor allem für die Europäischen Kommission in den mittel- und osteuropäischen Ländern durchgeführt wurden. Dabei lag der Grad der Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie sich Demokratie im eigenen Land entwickelte, insbesondere in Russland noch erheblich unter den für die beiden Teile Deutschlands gemessenen Werten. In dem von Pippa Norris herausgegebenen Band „Critical Citizens“ (1999) hat die Abteilung entsprechende Ergebnisse zusammengestellt (Klingemann, 1999). In jüngerer Zeit haben die *European Values Study* (EVS) 1999 und der *World Values Survey* (WVS) 2000 die Fragestellung erneut aufgegriffen und Umfragedaten sowohl für Mittel- und Osteuropa als auch für Westeuropa vorgelegt. Diese Studien zeigen, dass sich der Anteil der „unzufriedenen Demokraten“ in den meisten europäischen Ländern – so auch in den neuen Bundesländern – um die Jahrtausendwende deutlich verringert hat (s. Tabelle 2).

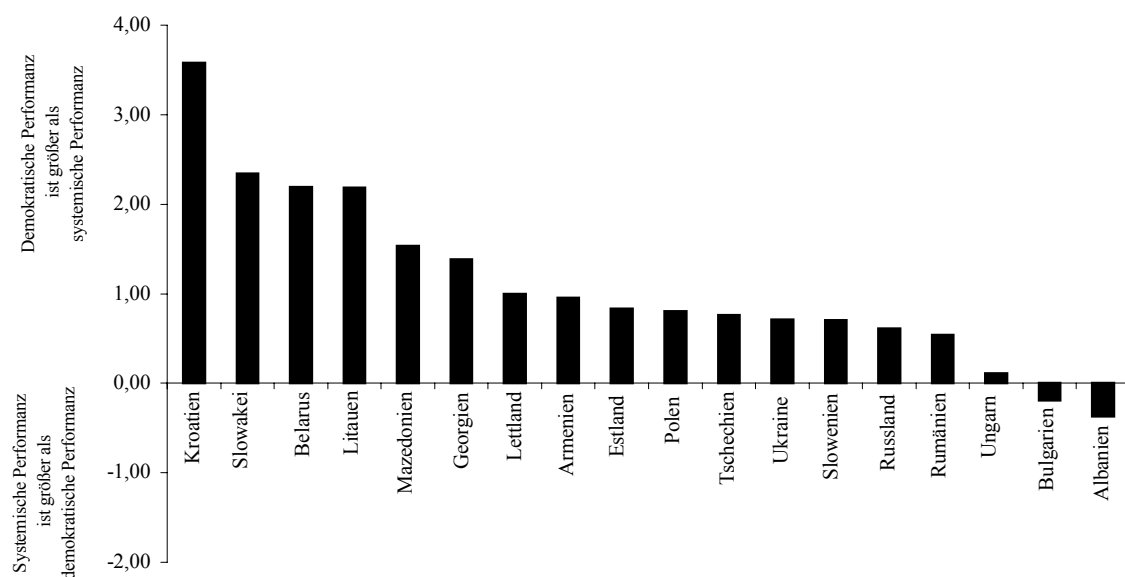
2. Bestimmungsgründe subjektiver Zufriedenheit mit der Performanz von Demokratien

Die Unzufriedenheit mit der Performanz von Demokratie im eigenen Land signalisiert keineswegs das Verlangen nach einer Rückkehr zum Kommunismus. Sie drückt vielmehr den Wunsch nach einer effektiveren Politik aus sowie die Erwartung, dass die politischen Akteure demokratische Werte und Normen zur Richtschnur ihres Handelns machen. Diese Interpretation konnte durch weitere Analysen zu den Bestimmungsgründe der subjektiven Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie erhärtet werden. Die in der Forschung vorherrschende Hypothese ging davon aus, dass der subjektive Grad der Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie in erster Linie mit der ökonomischen Entwicklung verknüpft sei. Neben wirtschaftspolitischen und solchen Leistungen, deren Erbringung von allen politischen Systemen erwartet werden kann (systemische Performanz), sollte in den Studien der Abteilung jedoch auch geprüft werden, welches Gewicht im Vergleich dazu Leistungen des Staates besitzen, die sich auf die Einhaltung demokratischer Normen beziehen (demokratische Performanz).

Die von der Europäischen Kommission im Jahre 1995 in Mittel- und Osteuropa durchgeführten vergleichenden repräsentativen Bevölkerungsumfragen (CEEB 6) boten die Gelegenheit, den relativen Einfluss von systemischer und demokratischer Performanz im Rahmen einer Sekundäranalyse zu bestimmen. Abhängige Variable (Performanz von Demokratie) waren die Antworten auf die Frage „Sind Sie im großen und ganzen mit der Art und Weise, wie sich die Demokratie in (eigenes Land) entwickelt, (4) sehr zufrieden, (3) ziem-

lich zufrieden, (2) nicht sehr zufrieden oder (1) überhaupt nicht zufrieden?“ Von den beiden unabhängigen Variablen repräsentierte eine den Typus der systemischen, die andere den Typus der demokratischen Performanz. Systemische Performanz wurde durch die folgende Frage gemessen: „Verglichen mit der Situation von vor 12 Monaten, meinen Sie, dass die finanzielle Situation Ihres Haushalts (5) sehr viel besser geworden ist, (4) etwas besser, (3) gleich geblieben, (2) ein wenig schlechter oder (1) sehr viel schlechter geworden ist?“; demokratische Performanz durch die Frage „Wie stark werden Ihrer Meinung nach die individuellen Menschenrechte heutzutage in (eigenes Land) geachtet: Werden sie (4) sehr stark, (3) stark, (2) nicht sehr stark oder (1) überhaupt nicht geachtet?“ Nach dem Stand der Forschung, die sich sehr stark auf die systemische Performanz als Erklärungsfaktor für Zufriedenheit mit der Entwicklung von Demokratie im eigenen Land konzentriert hatte, bestand die Erwartung, dass die systemische Performanz einen vergleichsweise größeren Beitrag zur Erklärung der Performanz der Demokratie leisten würde.

Abbildung 1: Demokratische und systemische Performanz als Bestimmungsgründe für die Perzeption der Performanz der Demokratie im eigenen Land, 1995: Das relative Gewicht der demokratischen Performanz



Anmerkung: Die Werte repräsentieren das Verhältnis standardisierter Regressionskoeffizienten (demokratische Performanz : systemische Performanz). Die Koeffizienten sind auf die Skalenlänge standardisiert.

Die Hypothese konnte in 18 mittel- und osteuropäischen Ländern mit Hilfe einer Regressionsanalyse überprüft werden. Der Anteil der erklärten Varianz in der abhängigen Variab-

len (Performanz von Demokratie) durch die gemeinsamen Effekte der systemischen Performanz (Veränderung der finanziellen Situation des eigenen Haushalts) und der demokratischen Performanz (Achtung der individuellen Menschenrechte im eigenen Land) betrug im Durchschnitt 0.32. Die Spannweite des Koeffizienten reichte dabei von 0.46 für Albanien bis 0.11 in Slowenien. Bei der inhaltlichen Nähe von abhängiger und unabhängigen Variablen war dieser Befund nicht überraschend. Das Unerwartete lag in den relativen Erklärungsanteilen der systemischen und der demokratischen Performanz. Die Vermutung einer höheren Erklärungsleistung der systemischen Performanz bestätigte sich lediglich in zwei der untersuchten 18 Länder (Albanien, Bulgarien). In allen anderen 16 Ländern ergab sich eine höhere Erklärungsleistung der demokratischen Performanz (s. Abbildung 1). Offensichtlich haben Bürger, die in autokratischen politischen Systemen leben mussten, eine besondere Sensibilität für die Beachtung der individuellen Menschenrechte durch den Staat entwickelt (Hofferbert und Klingemann, 1999). Auch diese „Entdeckung“ einer neuen Dimension für die Erklärung der subjektiven Perzeption der Performanz von Demokratie hat weite Beachtung gefunden und ist von der komparativen Forschung schnell aufgenommen worden.

Literatur

- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Easton, David (1965). *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Easton, David (1975). „A Re-assessment of the Concept of Political Support“. *British Journal of Political Science*, 5: 435-457.
- Fuchs, Dieter (1989). *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter (2002). „Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht“. In: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Weßels (Hrsg.). *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 27-49.
- Hofferbert, Richard I. und Hans-Dieter Klingemann (1999). „Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.“ *European Journal of Political Research*, 36/2: 155-174.
- Hofferbert, Richard I. und Hans-Dieter Klingemann (2001). „Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany.“ *International Political Science Review/Revue internationale de science politique*, 22/4: 363-378.

Klingemann, Hans-Dieter (1999). „Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.” In: Pippa Norris (Hrsg.). *Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance*. Oxford. Oxford University Press, 31-56.

Norris, Pippa (Hrsg.) (1999). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press.

Andrea Volkens

Parteiendemokratie in Europa: Die Frage des Politikangebots

Mein generelles Thema lautet „Parteiendemokratie“. Speziell werde ich mich mit der Frage des Politikangebots von Parteien in den derzeitigen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) befassen.

Das Konzept der Parteiendemokratie geht davon aus, dass Parteien eine wesentliche Rolle im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zukommt. Vor allem in repräsentativen Demokratien stellen Parteien eine wichtige Verbindung, ein so genanntes *linkage*, zwischen den Ansprüchen der Bürger auf der einen und den Entscheidungen der politischen Repräsentanten auf der anderen Seite her. Parteien gelten als Vermittlungsinstanz zwischen Bürger und Staat, weil sie Ansprüche der Bürger selektieren, zu Programmen bündeln und – sofern sie bei Wahlen eine hinreichende Anzahl von Stimmen erhalten – in das parlamentarische und das Regierungssystem transportieren. Damit Parteien diese Aufgaben erfüllen können, müssen mindestens drei Bedingungen erfüllt sein: Erstens sollen konkurrierende Parteien politische Alternativen formulieren, zweitens sollen sie die Politikpräferenzen ihrer Anhänger repräsentieren und drittens sollen sie ihre Wahlversprechen in politisches Handeln umsetzen.

Die Parteienforschung hatte sich in der Vergangenheit vor allem auf sozialstrukturelle und organisatorische Aspekte konzentriert und von abnehmenden Stammwähler- und Mitgliederzahlen auf nachlassende *linkages* geschlossen. Forschungslücken bestanden dagegen in Bezug auf die drei genannten Bedingungen für die inhaltliche Qualität des Parteienwettbewerbs. Diese Forschungslücken sollten im Rahmen des Forschungsprogramms der Abteilung mit einer Datensammlung nationaler Wahlprogramme relevanter parlamentarischer Parteien in West und Ost und den darauf basierenden Parteien- und Parteiensystemanalysen geschlossen werden.

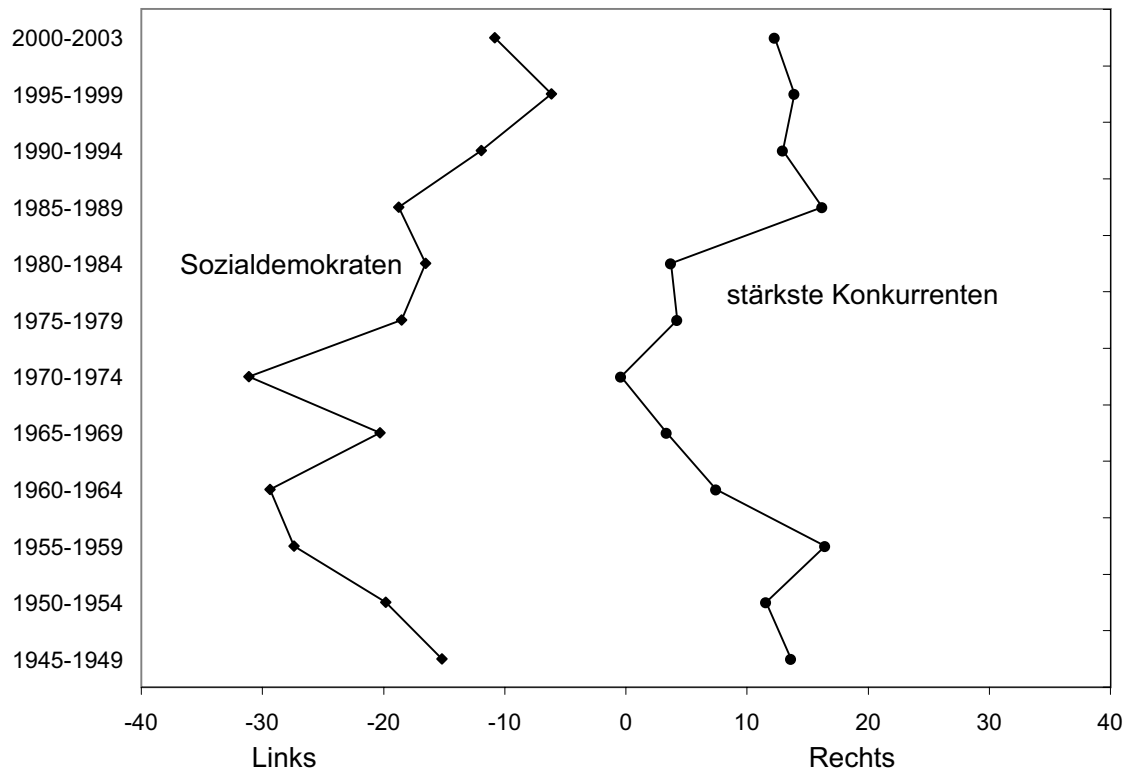
Angesichts der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit werde ich mich bei der folgenden Darstellung von empirischen Ergebnissen auf den Aspekt beschränken, dem demokratietheoretisch eine besondere Bedeutung zukommt: Den Bürgern müssen Möglichkeiten geboten werden, programmatische Alternativen zu erkennen und darunter auszuwählen. Nur wenn Parteien sich mit klaren programmatischen Alternativen zur Wahl stellen, haben die Wähler inhaltliche und nicht nur personelle Wahlmöglichkeiten. Die Frage des Politikangebots ist aber vor allem auch deswegen relevant, weil – entgegen der formulierten demokratietheoretischen Norm der Parteidifferenz – gängige Theorien des Parteienwett-

bewerbs eine Konvergenz von Positionen der konkurrierenden Parteien vorhersagen. Schon in den 60er Jahren diagnostizierte Kirchheimer (1966) die Ausbreitung von Catch-All-Parties und Bell (1962) konstatierte das Ende der Ideologien; heute reden Katz und Mair (1995) von Kartellparteien und die Rational-Choice-Theorie prognostiziert die Ausrichtung der Parteien auf den Wähler in der Mitte des politischen Spektrums. All diese unterschiedlichen Theorien besagen, dass sich insbesondere die Programme der großen Parteien immer mehr angenähert haben und kaum noch voneinander zu unterscheiden sind.

Die These der Konvergenz von Parteipositionen kann mit den Daten des Manifesto-Projektes (Budge et al., 2001) auf eine methodisch sehr einfache Art und Weise überprüft werden, indem man die programmatischen Links-Rechts-Positionen von konkurrierenden Parteien miteinander vergleicht. Dazu werden die Wahlprogramme der Parteien inhaltsanalytisch erschlossen, indem in einem ersten Schritt jeder Satz eines Programms daraufhin untersucht wird, ob er mit einer von 56 vorgegebenen Positionen übereinstimmt. Dieses Klassifikationsschema wurde von der Manifesto Research Group (MRG) des European Consortium for Political Research (ECPR) entwickelt, um den Inhalt von Parteiprogrammen im internationalen und zeitlichen Vergleich möglichst vollständig abzudecken (Budge et al., 1987). Beispiele für die 56 Positionen sind „Ausbau des Wohlfahrtsstaates“ oder „Abbau des Wohlfahrtsstaates“, „Abrüstung“ oder „militärische Stärke“.

In einem zweiten Schritt der Inhaltsanalyse wird ausgezählt, wie viele Sätze eines Programms auf jede der 56 Positionen entfallen. Wegen der unterschiedlichen Länge der Wahlprogramme muss in einem dritten Schritt der Anteil der Sätze für eine Position auf die Summe aller Sätze des Wahlprogramms bezogen werden. Jede Position wird dann als Prozentanteil am Programm ausgewiesen. Die so ermittelten Prozentwerte werden als Indikator für die Bedeutung einer politischen Position für die jeweilige Partei interpretiert und haben vielfältige Anwendungsmöglichkeiten. Der Frage des Politikangebots werde ich heute anhand eines Index – dem Links-Rechts-Index – nachgehen, der sich für den internationalen Vergleich von Parteipositionen als besonders geeignet erwiesen hat (Laver und Budge, 1993). Um die Links-Rechts-Positionen der Parteien zu berechnen, werden in einem vierten Schritt die Prozentwerte für linke Positionen von den Prozentwerten für rechte Positionen subtrahiert. Je negativer der Wert ist, umso stärker positioniert sich eine Partei im linken Spektrum; je positiver der Wert, umso stärker positioniert sich eine Partei im rechten Spektrum. Linke Positionen sind Eingriffe in das Wirtschaftssystem, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Frieden, Abrüstung und Internationalismus. Rechte Positionen sind freier Markt, Abbau des Wohlfahrtsstaates, traditionelle Moral, „Law and Order“, militärische Stärke und Nationalismus. Anhand der Inhaltsanalysen der Wahlprogramme wird also ein inhaltlich definierter Links-Rechts-Wert berechnet, der zentrale Politikbereiche umfasst.

Abbildung 1: Links-Rechts-Positionen der europäischen Sozialdemokraten und ihrer stärksten Konkurrenten, 1945-2003



Um die Frage des Politikangebots der europäischen Parteien zu beantworten, zeigt die Abbildung einerseits die Mittelwerte der Links-Rechts-Positionen aller 16 großen sozialdemokratischen Parteien, die heute in der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments zusammengeschlossen sind¹, und andererseits die Mittelwerte der Links-Rechts-Positionen ihrer stärksten Konkurrenten² in den 15 nationalen Parlamenten im

1 (Belgien: SP Socialistische Partij und PS Parti socialiste; Bundesrepublik Deutschland: SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Dänemark: SD Socialdemokratiet; Finnland: SSDP Suomen Sosialidemokraattinen Puolue; Frankreich: PS Parti socialiste; Griechenland: PASOK Panhellenio Socialistiko Kinema; Großbritannien: Labour Party; Irland: ILP Irish Labour Party; Italien: PCI Partito Comunista Italiano, umbenannt in PDS Partito Democratico della Sinistra; Luxemburg: POSL/LSAP Parti ouvrier socialiste luxembourgeois/Letzburger Sozialistisch Arbeiterpartei; Niederlande: PvdA Partij van der Arbeid; Österreich: SPÖ Sozialistische Partei Österreichs; Portugal: PSP Partido Socialista Português; Schweden: SdaP Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti; Spanien: PSOE Partido Socialista Obrero Español.).

2 (Belgien: CVP Christelijke Volkspartij und PSC Parti social chrétien; Bundesrepublik Deutschland: CDU Christlich Demokratische Union; Dänemark: Venstre; Finnland: SK Suomen Keskusta; Frankreich: UMP Union pour la majorité présidentielle, bis 2001 RPR Rassemblement pour la République, bis 1992 Gaullisten; Griechenland: ND Nea Dimokratia; Großbritannien: Conservative Party; Irland: Fianna Fáil; Italien: FI Forza Italia, bis 1993 DC Democrazia Cristiana, umbenannt in PPI Partito Popolare Italiano; Luxem-

Zeitverlauf von 1945 bis heute. Zu den stärksten Konkurrenten, gemessen am durchschnittlichen Wahlerfolg, zählen überwiegend christdemokratische und konservative Parteien.

Ein kurzer Blick auf die Abbildung genügt, um zu erkennen, dass es zwischen 1945 und 2003 nicht zu der vorhergesagten Annäherung politischer Positionen gekommen ist. Erkennbar ist vielmehr ein zyklisches Bild, in dem sich Phasen zunehmender Distanzen zwischen den Parteien und Phasen abnehmender Distanzen ablösen. Aber selbst in Phasen abnehmender Distanzen sind Unterschiede zwischen den Parteien deutlich sichtbar. Auch die großen Parteien bieten den Wählern in der Regel zu jedem Zeitpunkt klar erkennbare inhaltliche Alternativen an.

Die Betonung liegt allerdings auf „in der Regel“, weil die hier präsentierten Durchschnittswerte drei Ausnahmen verdecken. In Belgien, in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien hatten sich die Parteien in den 50er und zu Beginn der 60er Jahre soweit angenähert, dass ihre Programme tatsächlich kaum noch voneinander unterscheidbar waren. Auf diesen Ausnahmen basierten die Diagnosen von der Ausbreitung der Catch-All-Parties und vom Ende der Ideologien. In der Bundesrepublik hatten nicht nur Godesberg, sondern auch die Annäherung der CDU/CSU an programmatische Positionen der SPD die große Koalition vorbereitet; in Großbritannien war das Phänomen in Anlehnung an die Namen der beiden damaligen Parteivorsitzenden als „Buttssklerism“ bekannt. Aber in den 70er Jahren entfernten sich die Parteien auch in diesen Ländern wieder weit voneinander.

Ich habe den Vergleich von europäischen Sozialdemokraten und ihren stärksten Konkurrenten nicht nur ausgewählt, weil es sich um ein demokratietheoretisch bemerkenswertes Ergebnis der Manifesto-Forschung handelt – bemerkenswert, weil die Daten den gängigen Theorien des Parteienwettbewerbs widersprechen. An der Gegenüberstellung können auch andere programmatische Entwicklungen abgelesen werden. Auffälliger noch als Zu- oder Abnahmen der Distanzen zwischen den Parteien ist nämlich, dass sich die Konkurrenten in der Regel in die gleichen Richtungen bewegen: Zunächst zwischen 1945 und Mitte der 70er Jahre nach links und dann Ende der 70er bis Ende der 90er Jahre nach rechts und zwar bei weitgehender Aufrechterhaltung der Distanzen. Es gibt meines Wissens nur eine einzige Theorie, die mit diesen gleichlaufenden Bewegungen übereinstimmt. Duverger (1951) diagnostizierte schon Anfang der 50er Jahre eine „contagion from the left“. Den Trend nach links führte er auf die Ausbreitung des Wohlfahrtsstaatsmodells zurück. Weil sozialdemokratische Parteien mit diesem Modell erfolgreich waren, wurden ihre Mitte-

burg: PSC/CSV Parti chrétien social/Chrätlich Sozial Vollekspartei; Niederlande: CDA Christen Democratisch Appel, bis 1977 KVP Katholieke Volkspartij, ARP Anti-Revolutionaire Partij und CHU Christelijk-Historische Unie; Österreich: ÖVP Österreichische Volkspartei; Portugal: PSD Partido Social Democrata; Schweden: MSP Moderate Samlingspartiet; Spanien: AP Alianza Popular, umbenannt in PP Partido Popular.)

Rechts-Konkurrenten „angesteckt“, dieses erfolgreiche Modell zu übernehmen, um Wählerstimmen zu halten oder wieder zu gewinnen. Diese Theorie kann nun um eine „Ansteckung von rechts“ erweitert werden. Anfang der 80er Jahre haben sich die Mitte-Rechts-Parteien dem neoliberalen Modell verschrieben. Diesem Rechtsruck sind die sozialdemokratischen Parteien Ende der 80er Jahre unisono mit dem gefolgt, was als „Dritter Weg“ bekannt geworden ist.

Ich kann an dieser Stelle nicht auf die Details eingehen, die eine nähere Analyse der einzelnen programmatischen Positionen zur umfangreichen Diskussion über Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen neoliberalen Ansätzen und „Dritten Wegen“ beitragen kann (Volkens, 2003). Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die bislang eingetroffenen Programme zu den Wahlen 2002 und 2003 darauf hindeuten, dass sich viele sozialdemokratische Parteien heute wieder vom „Dritten Weg“ abwenden, nachdem sie als Regierungsparteien in den 90er Jahren Reformenvorhaben des „Dritten Weges“ vor allem in den Bereichen der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes implementiert haben. Die Agenda 2010 kann insofern als ein Nachzügler in Europa angesehen werden.

Zum Schluss möchte ich hinzufügen, dass auch die beiden anderen eingangs genannten Bedingungen für eine funktionsfähige Parteiendemokratie positive Belege in den Manifestodaten finden. Meist stimmen die Politikangebote gut mit den Präferenzen der Wähler überein und in der Regel lösen Parteien ihre Wahlversprechen ein. Das schlechte Image von Parteien beruht hauptsächlich darauf, dass die Medien fast ausschließlich über gebrochene Wahlversprechen berichten, während all diejenigen Punkte, die Parteien programmgetreu umsetzen, keinerlei Erwähnung finden.

Literatur

- Bell, Daniel (1962). *The End of Ideology*. New York: Free Press.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara, und Eric Tanenbaum with Richard C. Fording, Derek J. Hearl, Hee Min Kim, Michael D. McDonald und Sylvia Mendez (2001). *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments, 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press, einschließlich Daten auf CD-Rom.
- Budge, Ian, David Robertson und Derek Hearl (Hrsg.) (1987). *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Duverger, Maurice (1951). *Political Parties: Their Organizations and Activities in the Modern State*. London: Methuen.
- Katz, Richard S. und Peter Mair (1995). „Changing Models of Party Organization and Party Democracy“. *Party Politics*, 1 (1): 5-28.

- Kirchheimer, Otto (1966). „The Transformation of the Western European Party Systems“. In: Joseph LaPalombara und Myron Weiner (Hrsg.). *Political Parties and Political Development*. Princeton: Princeton University Press, 117-200.
- Laver, Michael und Ian Budge (Hrsg.) (1993). *Party Policy and Government Coalitions*. New York: St. Martins Press.
- Volkens, Andrea (2003). „Policy Changes of European Social Democrats, 1945-1998“. In: Giuliano Bonoli und Martin Powell (Hrsg.). *Real Third Ways*. London/New York: Routledge, im Erscheinen.

Bernhard Weßels

Probleme der Demokratie in der EU

1. Einleitung

Wir haben gerade viel über die Demokratieentwicklung im Osten Europas gehört. Wir wissen auch recht gut über den Zustand nationaler Demokratien im Westen Bescheid. Wie aber ist es um die Demokratie in der noch westlichen, mit der Erweiterung aber bald gesamteuropäischen Union bestellt?

Die politische Macht der Europäischen Union (EU) hat in den letzten Jahrzehnten beträchtlich zugenommen. Schmitter, Hooghe und Marks u.a. haben gezeigt, dass inzwischen für mehr als 60 Prozent aller Politikfelder die Entscheidungskompetenzen bei der EU liegen. Nationale Gesetzgebungsstatistiken weisen ähnliche Anteile EU-induzierter Gesetzgebung aus. Die EU-Politik und -Gesetzgebung greifen heute weit in die Lebensbereiche der Bürger ein. Wenn die EU und ihr Machtzuwachs übereinstimmenden Einschätzungen zufolge recht positiv das wirtschaftliche Wohlergehen und das politische Schicksal der Bürger der Mitgliedstaaten bestimmt haben – die EU sich also um das Regieren für das Volk (*government for the people*) verdient gemacht hat –, wie steht es dann mit der Demokratie mit (*government by the people*)?

Wie bei allem in der Politik und in den Sozialwissenschaften sind die Einschätzungen nicht einheitlich und dementsprechend häufig umstritten. Positiven Einschätzungen der Demokratie in der Europäischen Union stehen negative gegenüber. Dass die EU eine Art Verhandlungssystem ist, eine „Konsoziation“, darin sind sich z.B. Arendt Lijphart und Manfred G. Schmidt einig. Ersterer spricht ihr jedoch weitgehend demokratischen Charakter zu, sieht in ihr eine Art Verhandlungsdemokratie, letzterer geht davon aus, dass die Konsoziation der EU nicht demokratischer, sondern bürokratischer Art sei.

Mein Versuch zu identifizieren, was die so genannte „herrschende Meinung“ ist, führt zu dem Urteil, dass mehrheitlich der demokratische Charakter der EU bezweifelt wird. Prominentester Kritiker ist wohl Robert A. Dahl, der sogar von einem gigantischen Demokratiedefizit der EU spricht. Das mag überzogen sein.

Ohne Zweifel kann festgehalten werden, dass die Entwicklung demokratischer Institutionen und demokratischer Prozeduren in der EU nicht Schritt gehalten hat mit ihrem Zu-

wachs an politischen Kompetenzen, der Macht also, allgemein verbindliche Entscheidungen zu treffen.

Da ist zunächst einmal das institutionelle Defizit: Nationale Demokratien beziehen ihre Legitimation aus gut ausgebauten Repräsentationskanälen mit institutionellen Mechanismen, die die Regierenden verantwortlich halten – die Bürger wählen das Parlament, das Parlament wählt die Regierung, das Parlament ist ausschließlicher Gesetzgeber. Auf EU-Ebene ist dies anders: Das Europäische Parlament (EP) bestimmt die Regierung bisher nicht, es hat kein Gesetzesinitiativrecht (das liegt bei der Kommission), es hat keine vollständige Beschlusskompetenz (die liegt beim Ministerrat) und das typische Gegenspiel von Regierung und Opposition ist nicht etabliert.

Es gibt zum Zweiten keinen einheitlichen europäischen Prozess der politischen Willensbildung: Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind national, nicht europaweit organisiert und der politische Wettbewerb findet zwischen nationalen und nicht europäischen Parteien statt. Die daraus resultierende These lautet, dass es kein europäisches Parteiensystem gäbe, sondern die Parteigruppierungen seien nur Ableger nationaler Parteien und entsprechend interessenmäßig gebunden.

Zum Dritten wird das Fehlen eines vitalen Systems intermediärer Institutionen bemängelt. Als Inkongruenzproblem bezeichnet, wird eine große Kluft zwischen Herrschaftsausübenden und Herrschaftsunterworfenen diagnostiziert, die wegen des fehlenden intermediären Systems auch nicht überbrückt werde.

Viertens schließlich, und dominant in der Debatte, wird die Demokratiefähigkeit der EU grundsätzlich in Zweifel gezogen, weil es keinen europäischen Demos, keine einheitliche politische Gemeinschaft gäbe und wohl auch nicht geben könne.

Zu allen vier Punkten möchte ich hier in der gebotenen Kürze die wichtigsten Forschungsergebnisse mehrerer Forschungsprojekte, die wir in der Abteilung durchgeführt haben, umreißen. Dabei nehme ich eine untypische Perspektive ein, die gerade deshalb zu begründen ist. Ich betrachte die genannten Probleme hauptsächlich aus der Perspektive des Europäischen Parlaments. Das mag dem einen oder der anderen angesichts der realen Machtverteilung in Europa nicht realitätsadäquat erscheinen. Überhaupt werden Parlamente in der Politikwissenschaft weitgehend vernachlässigt; allenfalls wird noch ihr Kompetenz- und Machtverlust konstatiert und dies als Begründung angesehen, sich wenig um sie zu kümmern. Demokratietheoretisch jedoch sind die Parlamente als kollektive Vertretungskörperschaften des Souveräns als unabdingbar anzusehen. Die faktische Suprematie des Parlaments mag geschwunden sein oder nie existiert haben, die normative Suprematie steht indes außer Zweifel: In Massengesellschaften, in denen die Selbstregierung durch die Gesamtbürgerschaft nicht möglich ist, kann Demokratie nur repräsentativ verfasst sein. Über Wahlen müssen diejenigen bestimmt werden, die in legitimer Weise den Souverän

vertreten, die Regierung bestellen, verantwortlich halten und die allgemeinverbindlichen Entscheidungen treffen. Dazu gibt es bei aller Phantasie über Demokratiemodelle keine faktische Alternative.

Zurück zu den vier Problempunkten: Ich beginne mit dem Problem eines intermediären Systems und arbeite mich zum Institutionenproblem „hoch“.

2. Ergebnisse

2.1 *Fehlende intermediäre Strukturen und das „number problem of representation“*

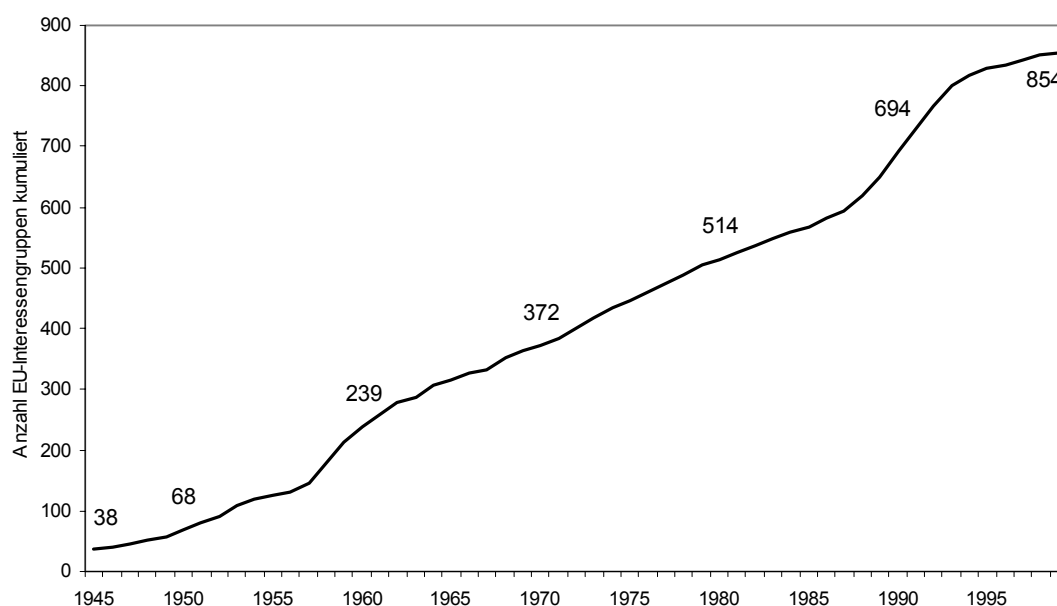
Wir wissen, politische Repräsentation ist in den parlamentarischen Systemen Europas kollektiv, nicht dyadisch wie beispielsweise in Mehrheitssystemen wie den USA. Die Vermittlung ins Parlament und die Ministerialbürokratie läuft über kollektive Akteure. Das hat viele Gründe, der wichtigste ist die Existenz starker politischer Spannungslinien, so genannter *cleavages*. Ein zweites Problem ist das so genannte *number problem of representation*: Im Durchschnitt der Nationen ist die Relation Wähler/Gewählte 55.000 zu 1; auf der europäischen Ebene beträgt die Relation 430.000 zu 1.

Der so genannte zweite Kreislauf, das *two-tier system* politischer Repräsentation, ist schon aufgrund der quantitativen Verhältnisse auf der europäischen Ebene dringlicher als auf nationalstaatlicher Ebene. Der Ausbau funktionaler Repräsentation durch Interessengruppen – im Gegensatz zur territorial basierten parlamentarischen Repräsentation – wird von manchen, so von Philippe Schmitter, sogar als eine Möglichkeit gesehen, die institutionellen Defizite demokratischer Willensbildung in der EU abzubauen. Wie sieht es mit der realen Entwicklung aus? Kann man davon sprechen, dass sich ein intermediäres System entwickelt?

Das Wachstum der auf der europäischen Ebene organisierten Interessengruppen – häufig Dachverbände nationaler Organisationen – spricht dafür oder zumindest nicht dagegen. Die Zahl europäischer Interessengruppen hat seit Anfang der 50er Jahre kontinuierlich zugenommen und Anfang der 90er Jahre nochmals einen deutlichen Schub erfahren (Weßels, 2003a) (s. Abbildung 1).

Diese Interessen finden Gehör: Mehr als zu den Bürgern oder nationalen und europäischen politischen Institutionen haben Europaabgeordnete Kontakt zu Interessengruppen. Das Europäische Parlament insgesamt hat pro Jahr etwa 24.000 Kontakte mit europäischen Interessengruppen – und verblüffenderweise ca. 43.000 Kontakte mit nationalen Interessengruppen (Weßels, 1999a). Die Zahlen verweisen darauf, dass nicht nur ein intermediä-

Abbildung 1: Entwicklung der Anzahl der EU-Interessengruppen 1945-1999



Quelle: Projekt Interessengruppen in Europa, WZB. Eigene Berechnungen auf der Basis von Daten der Europäischen Kommission.

Tabelle 1: Kontakte von Europaabgeordneten mit Bürgern und Interessengruppen

Kontakte	Durchschnittliche Zahl der Kontakte pro Jahr pro Abgeordneter ^a	Geschätzte Gesamtzahl der Kontakte aller Europaabgeordneten ^b
Bürger	43,76	27.394
Nationale Interessengruppen ohne Wirtschaftsverbände	33,02	20.671
Nationale Wirtschaftsverbänden ^c	36,52	22.862
Europäische Interessengruppen ohne Wirtschaftsverbände	19,73	12.351
Europäische Wirtschaftsverbände ^c	19,33	12.101
Nationale politische Institutionen und Akteure ^d	56,59	35.425
EU-Institutionen ^e	50,25	31.457
Insgesamt	259,19	162.253

a Der Durchschnitt wurde auf der Basis folgender Informationen berechnet: "mindestens einmal die Woche" zählt 52, "mindestens einmal im Monat" zählt 12, "mindestens alle drei Monate" zählt 4, "mindestens einmal im Jahr" zählt 1, "seltener" und "kein Kontakt" zählt 0.

b Schätzungen auf Basis der durchschnittlichen individuellen Kontakte multipliziert mit der Zahl der Europaabgeordneten.

c Bereiche Landwirtschaft und Fischerei, Industrie, Transport, Handel sowie Banken und Versicherungen.

d Nationale Parteiführungen, Mitglieder der nationalen Parlamente, Minister und Ministerialbürokratie.

e EU-Verwaltungen, Europäische Kommission, Europäischer Rat, Wirtschafts- und Sozialausschuss, Europäischer Gerichtshof und Ausschuss der Ständigen Vertreter.

Quelle: Members of European Parliament Survey 1996, WZB und Universität Twente mit freundlicher Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Studiennummer beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: ZA 3078.

res System im Entstehen ist, sondern auch auf bereits etablierte nationale Strukturen zurückgegriffen wird (s. Tabelle 1). Aus den Befragungen der Abgeordneten wissen wir, dass sie auf die an sie herangetragenen Interessen positiv reagieren, also responsiv sind.

2.2 *Parteiendemokratie*

Ob und wie die Parteiengruppierungen im Europäischen Parlament als Parteien funktionieren, lässt sich nur begrenzt beantworten, das nicht zuletzt deshalb, weil eine wesentliche Voraussetzung für die typischen Parteienrollen in nationalen Demokratien – nämlich Regierung oder Opposition zu sein – fehlt. Werden aber die Kriterien in Betracht gezogen, die auch ohne das Regierungs-Oppositions-Spiel den Parteiencharakter belegen oder verwerfen können, lässt sich Folgendes festhalten:

Die nationalen Parteiensysteme zeichnen sich dadurch aus, dass sie zentrale politische Spannungslinien verkörpern und repräsentieren. Diese Spannungslinien stellen nicht nur als potenzielle Konflikte ein Problem dar, sondern sie sind gleichzeitig Mechanismen der Komplexitätsreduktion und der Erzeugung von Erwartungssicherheit, weil die Parteien als kollektive Akteure jeweils an bestimmte kollektive Interessen in der Gesellschaft rückgebunden sind.

Eine den nationalen Parteiensystemen ähnliche Struktur der Interessenallianzen und -kontakte zwischen Parteiengruppierungen und organisierten Interessen ist im Europäischen Parlament ebenfalls zu finden (Weßels, 1999a): Es gibt eine Rückbindung der linken Parteien an die Gewerkschaften, der bürgerlichen Parteien an die Wirtschaftsinteressen und der Grünen an die schwachen Interessen – Konsumenten und Umwelt (s. Abbildung 2).

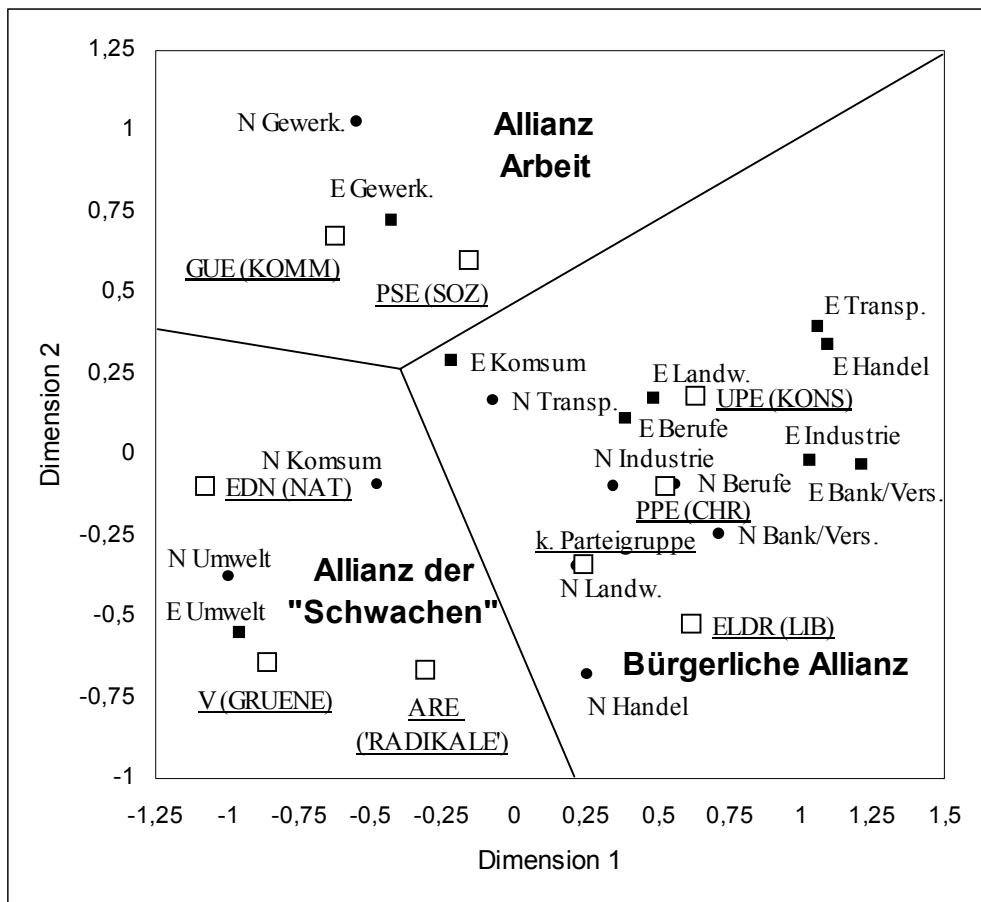
Die politische Homogenität innerhalb der Parteiengruppierungen ist ebenfalls größer als zwischen Abgeordneten verschiedener Parteien gleicher Nation (Weßels und Schmitt, 2000). Damit spricht vieles dafür, dass Abgeordnete im Europäischen Parlament vor allem politisch und nicht nach nationalen Interessen differenziert sind.

2.3 *Kein europäischer Demos – keine europäische Repräsentation?*

Die These „kein europäischer Demos“ bedeutet, dass es keine europäische Repräsentation geben kann, sondern vielmehr nur eine Repräsentation nationaler Demen. Die Folge wäre, dass nationale Interessendifferenzen politische Differenzen in den Hintergrund drängen.

Schon die Befunde zu den Keimen eines europäischen Parteiensystems widersprechen dieser Annahme. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Europaabgeordneten für sich überhaupt eine Repräsentationsrolle konzeptualisieren können, die jenseits des Nationalstaates liegt.

Abbildung 2: Interessengruppenkontakte der Europaparlamentarier und Parteienlager



Erläuterung: Nähe und Entfernung zwischen Punkten der Parteifamilien und der Verbände spiegelt die Kontaktdichte wieder. Je näher Parteifamilie und jeweiliger Verbandspunkt zusammenliegen, desto größer die Kontaktdichte.

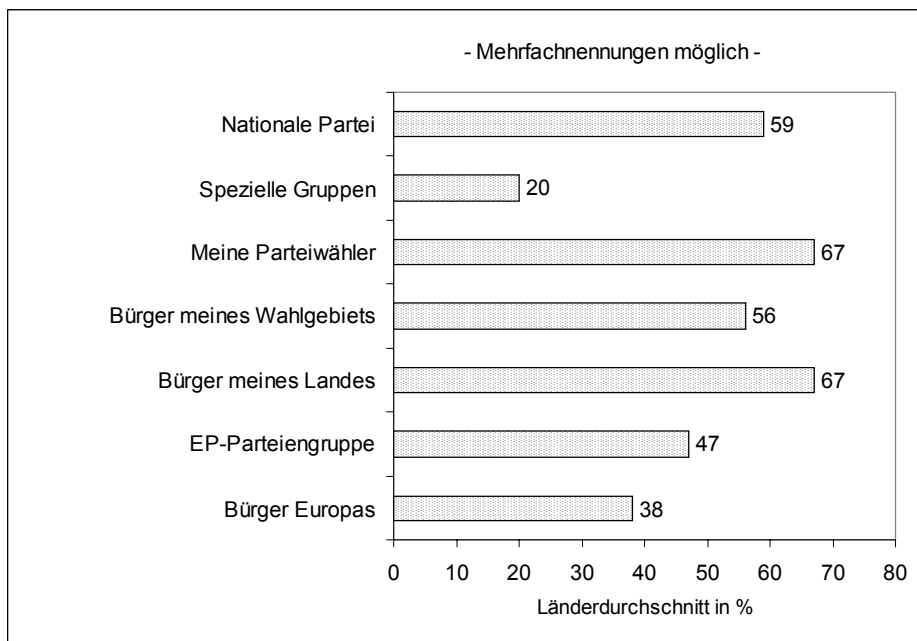
- Parteifamilien, Bezeichnung unterstrichen
- Interessengruppen nationale Ebene, der Bezeichnung vorangestellt "N"
- Europäische Interessengruppen, der Bezeichnung vorangestellt "E"

Bezeichnungen: Bank/Vers. = Verbände Banken und Versicherungen; Berufe = Berufsverbände; Gewerk = Gewerkschaften; Handel = Verbände des Handels; Industrie = Industrieverbände; Komsum = Verbraucherverbände; Landw. = Bauern- und Landwirtschaftsverbände; Transp. = Verbände Transport und Verkehr; Umwelt = Umweltverbände.

Quelle: Members of European Parliament Survey 1996, WZB und Universität Twente mit freundlicher Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Studiennummer beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: ZA 3078.

Die Befunde zeigen, dass bisher noch die Perspektive nationaler Repräsentation überwiegt: Etwa 60 Prozent oder mehr benennen als ihren Repräsentationsfokus die Bürger ihres Landes, die nationale Partei oder die Parteiwähler. Aber: immerhin 47 Prozent sehen ihre Repräsentationsrolle darin, die EP-Partei zu repräsentieren, 38 Prozent wollen die Bürger Europas repräsentieren (s. Abbildung 3).

Abbildung 3: Repräsentationsfokus der Europaparlamentarier



Quelle: Members of European Parliament Survey 1996, WZB und Universität Twente mit freundlicher Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Studiennummer beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: ZA 3078.

Wenn dabei berücksichtigt wird, dass sich der europäische Repräsentationsfokus zu einem beträchtlichen Teil aus der Länge der EU-Mitgliedschaft eines Landes „erklären“ lässt, sind diesbezüglich Wachstumsraten zu erwarten (Weßels, 1999b).

2.4 Institutionelles Defizit

Etwa 50 Prozent der Europaabgeordneten sind mit der Demokratie in der EU nicht zufrieden – die Unzufriedenheit ist fast doppelt wie die mit ihrer jeweiligen nationalen Demokratie. Die Frage, welche politische Gestalt die EU annehmen könnte, ist nicht zuletzt mit dem EU-Konvent ein zentraler Punkt auf der politischen Agenda geworden.

Die traditionell diskutierten Ordnungsmodelle lassen sich in drei Formen einteilen:

- Intergovernmentalismus: Die Nationalstaaten sind durch ihre Regierungen vertreten, supranational verbindliche Entscheidungen können nur durch gemeinsame Entscheidungen der Regierungen zustande kommen. Das Prinzip ist angesichts der Rückbindung nationaler Regierungen an ihre Parlamente vollkommen demokratisch, entspricht aber aufgrund der Abweichung vom Einstimmigkeitsprinzip nicht mehr der Praxis.
- Parlamentarisierung der EU: Das europäische Parlament wird zu einem Vollparlament ausgebaut, einschließlich der Kompetenz, die Regierung zu bestellen, und dem Initiativ- und alleinigen Beschlussrecht in der Gesetzgebung. Das würde dem Prinzip nationaler Demokratien entsprechen und ist ebenso in seiner präsidentiellen Variante denkbar.
- Mehrebenensystem oder Multi-Level-Governance: Die Kontroll- und Entscheidungsmacht zwischen nationaler und europäischer Ebene wird geteilt, die Gesetzgebungskompetenz ist ausschließlich gemeinsam oder konkurrierend institutionalisiert, mit festen Kompetenzkatalogen und parlamentarischer Absicherung.

Gibt es in dieser Frage eine Mehrheitspräferenz der Parlamentarier in Europa? Wir haben Ergebnisse über die Europaparlamentarier und die Mitglieder elf nationaler Parlamente vorliegen (Weßels, 2003b).

Es zeichnet sich für keines der Modelle eine absolute Mehrheit ab. Eine relative Mehrheit findet sich bei den Europaparlamentariern für die Parlamentarisierungsoption, bei den nationalen Parlamentariern für das Mehrebenensystem. Die relative Mehrheitsposition für die Parlamentarisierungsoption bei den Europaparlamentariern ist aber zu einem beachtlichen Teil den Einstellungen der Abgeordneten aus den Niederlanden, Italien und Deutschland geschuldet (s. Tabelle 2).

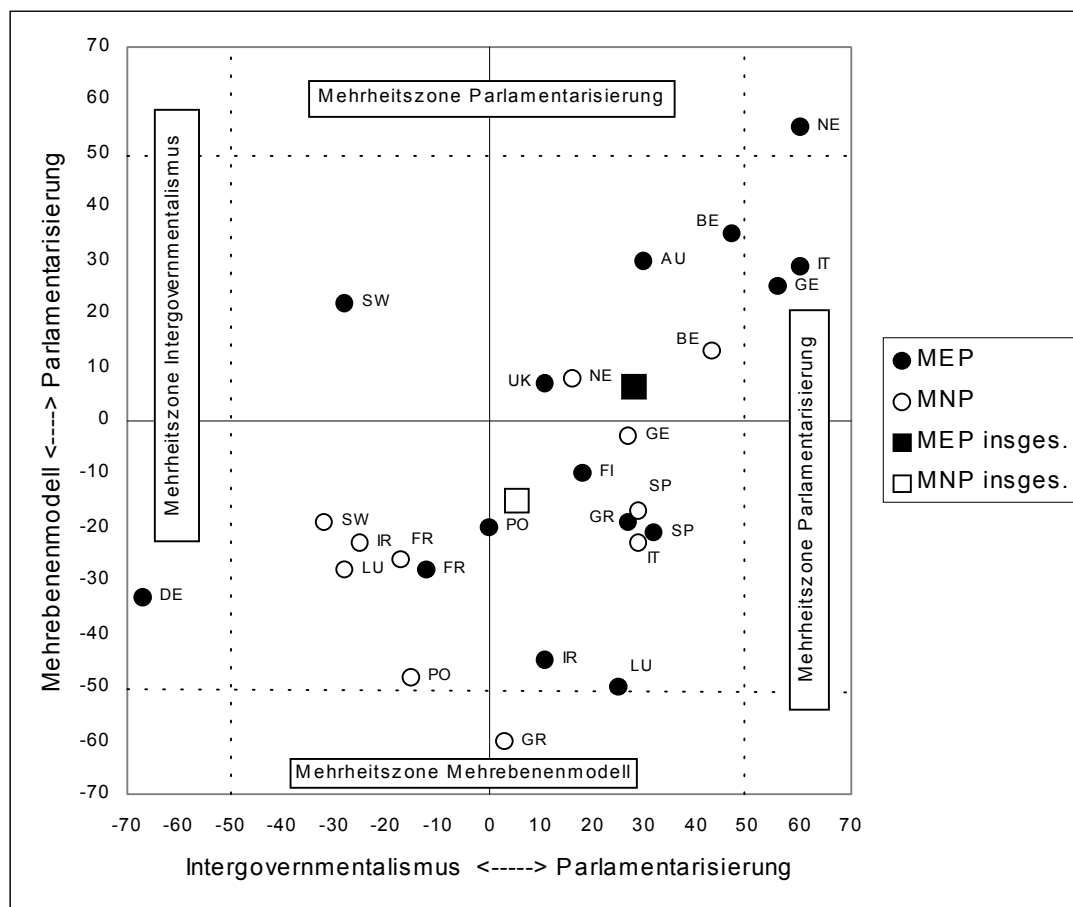
Tabelle 2: Ordnungspräferenzen der Parlamentarier in Europa
(Europaparlamentarier und Mitglieder elf nationaler Parlamente)

Parlamentarische Ebene	Intergovernmentalismus	Parlamentarisierung der EU	Mehrebenen-System	anderes
	(in Prozent)			
Europaparlamentarier (MEP)	14,6	42,5	36,2	6,6
Mitglieder nationaler Parlamente (MNP).	20,9	26,1	41,2	11,8

Quelle: Members of European Parliament Survey 1996 und European Study of Members of Parliament 1996, WZB und Universität Twente mit freundlicher Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Studiennummern beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: ZA 3078 und .ZA 3079.

Alle Länder und Abgeordneten betrachtet, gibt es von 26 Fällen (15 Länder der Europaparlamentarier, 11 Länder nationale Parlamentarier) nur in fünf klare Mehrheitsoptionen: dreimal für die Parlamentarisierung (im Europäischen Parlament unter den Abgeordneten der Niederlande, Italiens und Deutschlands), einmal für das Mehrebenenmodell (griechische nationale Abgeordnete) und einmal für das intergovernmentalistische Modell (Europaparlamentarier Dänemarks) (s. Abbildung 4).

Abbildung 4: Mehrheitspositionen für Ordnungsmodelle?



Länderabkürzungen: AU Österreich; BE Belgien; DE Dänemark; FI Finnland; FR Frankreich; GE Deutschland; GR Griechenland; IR Irland; IT Italien; LU Luxemburg; NE Niederlande; PO Portugal; SP Spanien; SW Schweden; UK Großbritannien.

Quelle: Members of European Parliament Survey 1996, WZB und Universität Twente mit freundlicher Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Studiennummer beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: ZA 3078.

Da die Entscheidung von Verfassungsfragen der Mehrheiten bedarf, wenn nicht sogar des Konsenses, spricht die Vielfalt der Präferenzen unter den Parlamentariern nicht für eine leicht durchsetzbare Lösung. In der Tendenz drängen Europaparlamentarier zum Parlamen-

tarisierungsmodell, nationale Parlamentarier zur Mehrebenenlösung. Beide sind jedoch wegen der jeweils gesicherten Rolle der Parlamente zumindest parziell kompatibel und demokratisch.

3. Fazit

Was ist angesichts dieser Befunde zu den Problemen und Perspektiven der Demokratie in der EU zu sagen? Soll ich mit Manfred G. Schmidt: „Sonderlich rosig sind somit die Hoffnungen auf zügigen Abbau des Demokratiedefizits nicht.“ schließen?

Ich meine, nein, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens baut sich ein wirksames intermediäres System auf, zweitens entsteht ein europäisches Parteiensystem und drittens sind bei entsprechenden institutionellen Reformen schnell Fortschritte zu erzielen.

Kern- und Angelpunkt einer Demokratisierung der EU ist, welche Anreize die Reform der Institutionen setzen werden. Wenn das Parlament in die Lage gebracht wird, im Sinne des Regierungs- und Oppositionsmechanismus zu operieren, ist die Entstehung eines vollwertigen europäischen Parteiensystems unausweichlich; wenn es eine klare Verantwortlichkeitszuschreibungen im Sinne dieses Mechanismus gibt, werden die Anreize für intermediäre Akteure noch größer sein als bisher, Vermittlungsfunktionen zu übernehmen und auszubauen. Wenn es eine demokratischere Europäische Union gibt, wird auch eine europäische politische Gemeinschaft entstehen – nicht im Sinne eines einheitlichen Demos der kulturkritischen Europakritiker, aber im Sinne einer politischen Staatsbürgerschaftlichkeit. Dann ist auch die Repräsentation der Bürger Europas keine Frage mehr.

Literatur

- Weßels, Bernhard und Hermann Schmitt (2000). „Europawahlen, Europäisches Parlament und nationalstaatliche Demokratie“. In: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hrsg.). *Die Zukunft der Demokratie, WZB-Jahrbuch 2000*. Berlin: edition sigma, 295-319.
- Weßels, Bernhard (1999a). „European Parliament and Interest Groups“. In: Richard S. Katz und Bernhard Weßels (Hrsg.). *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration*. Oxford: Oxford University Press, 105-128.
- Weßels, Bernhard (1999b). „Whom to Represent? Role Orientations of Legislators in Europe“. In: Hermann Schmitt und Jacques Thomassen (Hrsg.). *Political Representation and Legitimacy in the European Union*. Oxford: Oxford University Press, 211-236.

- Weßels, Bernhard (2003a). "Interest Groups in the EU: the Emergence of Contestation Potential". In: Gary Marks und Marco Steenbergen (Hrsg.). *Dimensions of Contestation in the European Union*. Cambridge, MA: Cambridge University Press (im Erscheinen).
- Weßels, Bernhard (2003b). „Parlamentarier in Europa und Europäische Integration: Einstellungen zur zukünftigen politischen Ordnung und zum institutionellen Wandel der EU“. In: Edeltraud Roller, Frank Brettschneider und Oscar Gabriel (Hrsg.). *Europäische Integration: Öffentliche Meinung, politische Einstellungen*. Opladen: Leske + Budrich (im Erscheinen).

Edeltraud Roller

Die Leistungsfähigkeit von Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien

Bei der Leistungsfähigkeit oder Performanz geht es um eine Evaluation oder Bewertung der Qualität von Demokratien. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie gut regiert wird. Wie gut gewährt ein politisches System beispielsweise die innere Sicherheit oder die Wohlfahrt der Bürger?

Die Performanz ist ein vergleichsweise neues Thema, mit dem sich die Politikwissenschaft verstärkt erst seit den 90er Jahren beschäftigt. Dafür sind ein theoretischer und ein historischer Grund ausschlaggebend. Der theoretische Grund ist das Aufkommen des „Neo-Institutionalismus“ in den 80er Jahren. Die zentrale Prämisse dieser Theorie besagt, dass „Institutionen eine Rolle spielen“ (*institutions matter*). Danach erzeugen verschiedene institutionelle Arrangements unterschiedliche politische Ergebnisse. Der historische Grund liegt im Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in den Ländern Mittel- und Osteuropas Ende der 80er Jahre. Mit dem Wegfall der wichtigsten Systemalternative zur Demokratie wurde die Aufmerksamkeit auf Qualitätsunterschiede *innerhalb* der Demokratien gelenkt.

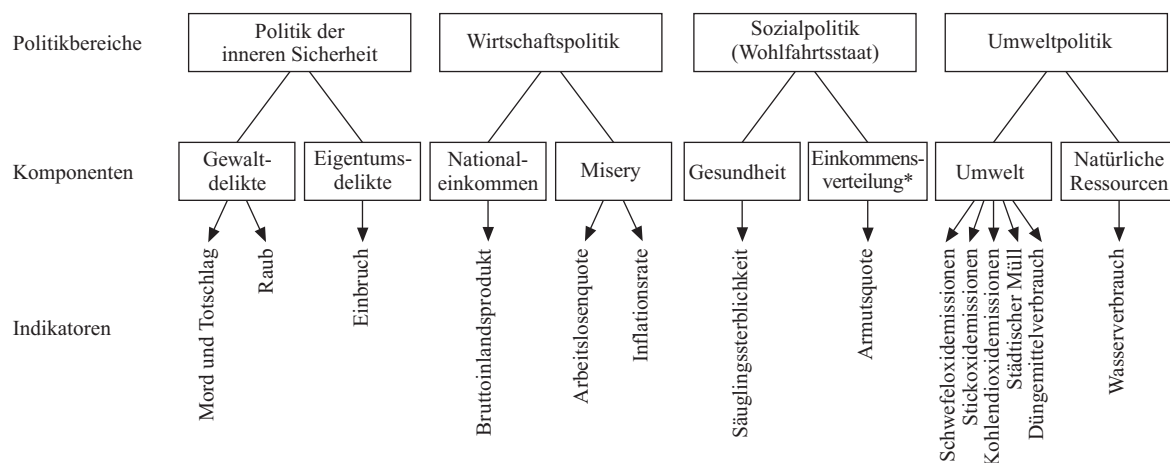
Es ist offensichtlich, dass Erkenntnisse über die Performanz von Demokratien unmittelbare praktische Relevanz besitzen. Empirisch gesichertes Wissen über die Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Typen von Demokratie kann eine Leitlinie dafür abgeben, welcher Typus von Demokratie in einem Land implementiert werden soll, das sich erstmals eine demokratische Verfassung gibt (*constitutional engineering*). Darüber hinaus können auch konstitutionelle Reformen zur Lösung konkreter politischer Probleme empfohlen werden.

Die Forschungen zur Performanz von Demokratien konzentrieren sich vor allem auf den Typus der Mehrheits- und der Verhandlungsdemokratie. Mehrheitsdemokratien sind durch machtkonzentrierte Strukturmerkmale wie Einkammersystem und Unitarismus gekennzeichnet, während Verhandlungsdemokratien durch machtdispersive Strukturmerkmale wie Zweikammersystem und Föderalismus charakterisiert sind. Großbritannien ist ein typisches Beispiel für eine Mehrheitsdemokratie, Belgien oder die Niederlande Beispiele für eine Verhandlungsdemokratie. Was die Leistungsfähigkeit dieser beiden Typen angeht, so stehen sich zwei konträre Positionen gegenüber. Die traditionelle Sichtweise besagt, dass Mehrheitsdemokratien den Verhandlungsdemokratien in ihrer Leistungsfähigkeit überlegen sind. Wegen der machtkonzentrierten Strukturen sind in Mehrheitsdemokratien weniger Akteure und Institutionen an der Verabschiedung politischer Entscheidungen beteiligt

als in Verhandlungsdemokratien. Die geringe Anzahl der Akteure und Institutionen – so die Annahme – begünstige effektive Entscheidungen. Diese traditionelle Sichtweise wird von Arend Lijphart in Zweifel gezogen. Er behauptet eher das Gegenteil, dass die Verhandlungsdemokratien den Mehrheitsdemokratien in ihrer Leistungsfähigkeit überlegen sind. In Verhandlungsdemokratien sind wegen der machtdispersiven Strukturen sehr viel mehr gesellschaftliche Interessen, vor allem auch Minderheiteninteressen, repräsentiert. Dies begünstigt, dass die Interessen dieser Gruppen in den politischen Entscheidungen Berücksichtigung finden. Lijphart schreibt den Verhandlungsdemokratien „kinder and gentler qualities“ zu.

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Studie präsentiert, die die Leistungsfähigkeit von Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien für einen Typus von Performanzen, den so genannten *systemischen* Performanzen untersucht. Systemische Performanzen sind diejenigen Leistungen, die jegliches politische System für die Gesellschaft zu erbringen hat, wie Wohlstand und innere Sicherheit. (Im Unterschied dazu handelt es sich bei demokratischen Performanzen um solche Leistungen, die nur von demokratischen politischen Systemen zu erbringen sind, wie Freiheit, Gleichheit und Responsivität.) Ziel der Studie war, ein umfassendes Bild über die Leistungsprofile von Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien zu gewinnen. Konkret wurde die Leistungsfähigkeit in den wichtigsten innenpolitischen Feldern untersucht: im Bereich der inneren Sicherheit, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Umweltpolitik.

Abbildung 1: Dimensionen der Leistungsfähigkeit

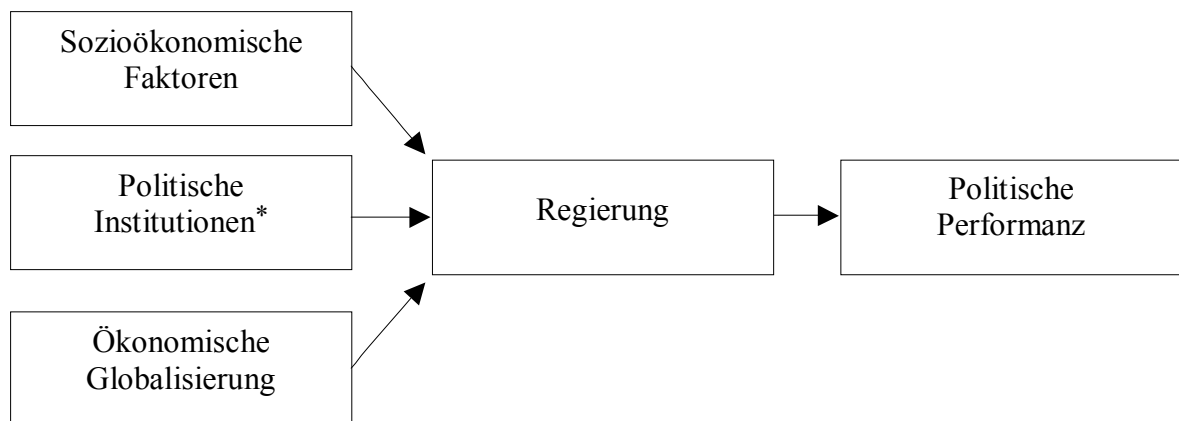


* Nationales Minimum

Abbildung 1 enthält eine Zusammenstellung der 14 Indikatoren, die zur Messung der Performanz in diesen vier Politikfeldern verwendet worden sind. Die Politik der inneren Si-

cherheit wird über verschiedene Kriminalitätsdelikte gemessen wie beispielsweise Mord und Totschlag. Die Wirtschaftspolitik etwa über die Arbeitslosenquote, die Sozialpolitik zum Beispiel über die Armutsquote und die Umweltpolitik über die Emission verschiedener Schadstoffe in die Luft. Das gemeinsame Merkmal all dieser Indikatoren besteht darin, dass sie – wie es in der Sprache der Policyforschung heißt – Outcomes, also Resultate politischen Handelns erfassen. Ganz bewusst wird auf die Verwendung von Indikatoren verzichtet, die lediglich den Aufwand messen. Im Fall der Sozialpolitik wäre ein solches Maß für den Aufwand die Sozialstaatsquote, also der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Die Studie basiert auf der Prämisse, dass sich die Leistungsfähigkeit nicht am Umfang der Aktivitäten bemisst, die zur Erreichung eines Ziels aufgewendet werden, sondern am Ausmaß, in dem diese Ziele tatsächlich realisiert werden. Diese individuenbezogenen Endprodukte werden in soziologischen und ökonomischen Kontexten auch als Wohlfahrt bezeichnet.

Abbildung 2: Theoretisches Modell zur Erklärung der Performanz politischer Institutionen (Rational-Choice-Institutionalismus)



* Umfasst zwei Dimensionen: konstitutionelle und parteibezogene Institutionengefüge.

Wie sieht das Modell zur Erklärung der Performanz aus? Verwendet wird ein Modell des Rational-Choice-Institutionalismus, das den makroanalytischen Institutionalismus mit dem mikroanalytischen Rational-Choice-Ansatz integriert. Im Mittelpunkt steht die Regierung als der wichtigste kollektive Akteur mit ihren Policypräferenzen oder ideologischen Orientierungen, die das Handeln dieses rationalen Akteurs anleiten. Die Regierung wird in ihrem Handlungsspielraum durch mehrere Faktoren eingeschränkt. Erstens vom demokratischen Institutionengefüge, diese werden weiter in konstitutionelle und parteibezogene Institutionengefüge unterschieden. Konstitutionelle Institutionengefüge beziehen sich auf Verfassungsorgane wie Parlamentarismus/Präsidentialismus, Ein- oder Zweikammersystem oder

Unitarismus/Föderalismus. Im Unterschied dazu beziehen sich parteibezogene Institutionengefüge auf Parteien in der Regierung und im Parlament. Die Logik ist folgende: je größer die Anzahl der Verfassungsorgane und je größer die Anzahl der Parteien in Parlament und Regierung, die einem Gesetz zustimmen müssen, desto geringer der Handlungsspielraum der Regierung. Zweitens werden die Entscheidungsalternativen strukturiert durch sozioökonomische Faktoren, vor allem finanzielle Ressourcen, die der Regierung bei der Durchführung ihrer Entscheidungen zur Verfügung stehen. Und drittens konstituiert in diesem Modell die ökonomische Globalisierung einen Constraint für das Handeln der Regierung.

Abbildung 3: Überblick über die multivariaten Analyseergebnisse (Querschnittsdesign, OLS-Schätzung, N=21)

	Parteibezogener Veto-Spieler-Index	Konstitutioneller Veto-Spieler-Index
<i>Innere Sicherheit</i>		
Gewaltdelikte		
Eigentumsdelikte		
<i>Wirtschaftspolitik</i>		
Nationaleinkommen		Positiv**
Arbeitslosenquote		
Inflationsrate		
<i>Sozialpolitik</i>		
Säuglingssterblichkeit		Negativ
Armutquote	Positiv	
<i>Umweltpolitik</i>		
Schwefeloxidemissionen		
Stickoxidemissionen		
Kohlendioxidemissionen		
Städtischer Müll	Positiv**	
Düngemittelverbrauch		
Wasserverbrauch		Negativ*

** $p < 0,01$; * $p < 0,05$ (zweiseitig). Ohne Markierung: 5-Prozent-Niveau knapp verfehlt.

Dieses Erklärungsmodell wurde für alle 14 Performanzindikatoren überprüft. Untersuchungsgegenstand sind 21 OECD-Länder im Zeitraum zwischen 1974 und 1995. Zur Messung der beiden institutionellen Variablen wurden Indikatoren herangezogen, die in der Tradition des Veto-Spieler-Ansatzes die Anzahl der Akteure zählen, die einer politischen Entscheidung zustimmen müssen. Der Effekt dieser beiden institutionellen Variablen auf

die Performanzindikatoren wird unter Konstanthaltung der drei anderen Erklärungsfaktoren im Modell untersucht: der ideologischen Orientierung der Regierung, den sozioökonomischen Faktoren, die mit dem Bruttoinlandsprodukt gemessen werden, sowie der Globalisierung, die über die Offenheit der Ökonomie (Anteil von Im- und Exporten am Bruttoinlandsprodukt) gemessen wird.

In Abbildung 3 sind im Überblick die Ergebnisse der multivariaten Analysen dargestellt. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Effekten der Institutionenindizes. Auffällig ist, dass diese beiden Indizes nur vergleichsweise selten statistisch signifikante Effekte auf die Performanz aufweisen. Der parteibezogene Vetospieler-Index weist nur in zwei Fällen einen signifikanten oder knapp signifikanten Effekt auf, und zwar bei der Armutsquote und dem Müllverbrauch. In beiden Fällen ist der Zusammenhang positiv, d.h. mit der Anzahl der Parteien in Parlament und Regierung nimmt die Performanz bei der Armutsbekämpfung und beim Müllverbrauch zu. Machtdispersion wirkt sich also positiv aus. Der konstitutionelle Vetospieler-Index, der die Anzahl der Verfassungsorgane misst, weist in drei Fällen signifikante oder knapp signifikante Effekte auf. Die Effekte sind aber unterschiedlich. Beim Nationaleinkommen ist der Effekt positiv, bei der Säuglingssterblichkeit und den umweltpolitischen Ressourcen negativ. Machtdispersion in der Form der Ausdifferenzierung von Institutionen kann also positive und negative Effekte haben.

Was ist das Fazit aus dieser Studie? Politische Institutionen haben einen Effekt auf die Leistungsfähigkeit. Allerdings ist dieser Effekt auf einige wenige Performanzen beschränkt und zudem ist der Effekt uneinheitlich. Weder die traditionelle Sichtweise, dass Mehrheitsdemokratien den Verhandlungsdemokratien in ihrer Leistungsfähigkeit überlegen sind, noch die Lijphart'sche These, die eher das Gegenteil behauptet, können also Gültigkeit für sich beanspruchen. Nur eines scheint relativ gesichert zu sein, dass mit der zunehmenden Anzahl von Parteien in Parlament und Regierung die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Verhandlungsdemokratien bessere Performanzen in Politikbereichen zeigen, die von Minderheiten favorisiert werden.

Mit dieser empirisch gesicherten Erkenntnis hat man allerdings kein einfaches Rezept dafür parat, wie man Demokratien gestalten muss, um ihre Leistungsfähigkeit sicherzustellen oder zu erhöhen. Eine konstitutionelle Reform des Wahlrechts von einem Mehrheits- in ein Verhältniswahlrecht schafft zwar die Voraussetzungen für Veränderungen im Verhältnis von Regierungs- und Oppositionsparteien. Die Anzahl politischer Parteien wird aber nicht nur von diesem konstitutionellen Faktor des Wahlrechts bestimmt, sondern hängt wesentlich auch von gesellschaftlichen Faktoren ab. Zudem bedeutet der Tatbestand, dass in einer Regierung mehrere Akteure vertreten sind, nicht zwangsläufig, dass diese kooperieren und Kompromisse schließen können, so dass ein breites Spektrum von Interessen berücksichtigt wird. Dazu bedarf es einer Kooperationsbereitschaft, die wiederum auf un-

terschiedlichen Faktoren beruhen kann, wie beispielsweise nicht zu große ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien oder auch entsprechende Normen der politischen Kultur, die sich in einem mehr oder weniger ausgeprägten Elitenkonsens ausdrücken.

Jens Alber

Kommentar zum Abschlussbericht der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel

Herr Klingemann hatte mich gebeten, einige kritische Kommentare zum Abschlussbericht der Abteilung beizusteuern. Ich habe die Rolle des gleichsam internen Evaluators sehr gerne übernommen und mit Interesse und Gewinn studiert, was in dieser Abteilung erarbeitet wurde. Bei der Lektüre des Abschlussberichts der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel über die Arbeit in den Jahren 1989-2003 habe ich mir vier Fragen gestellt:

1. Finde ich das Oeuvre unter dem Gesichtspunkt der Produktivität beeindruckend?
2. Welche Einsichten kann ich als Sozialwissenschaftler daraus gewinnen?
3. Hat irgend etwas für mich in meiner neuen Rolle als Abteilungsdirektor Vorbildcharakter?
4. Werden mir Desiderate künftiger Arbeiten klarer bewusst?

Ich will hier kurz berichten, welche Antworten ich auf diese Fragen gefunden habe.

1. Finde ich dieses Oeuvre beeindruckend?

Wissenschaftliche Leistung lässt sich als das Produkt aus der Menge der Publikationen und deren Gewicht interpretieren. Das Lästige an Produkten ist, dass sie schon dann den Wert Null annehmen, wenn nur eine dieser Komponenten Null wird, und wir alle kennen – zumindest, wenn wir maliziös gestimmt sind – Kollegen, die phasenspezifisch zumindest in einer dieser Dimension gelegentlich Probleme haben. Herr Klingemann und sein Stab kannten in dieser Abteilung aber weder das eine noch das andere Problem. Sie haben kontinuierlich sehr viel produziert, sie haben für ihre Produkte immer wieder renommierte Verlagshäuser gefunden, und was sie publiziert haben, hat in der *scientific community* Beachtung gefunden, Resonanz gehabt und Respekt hervorgerufen.

Ich habe für den Zeitraum von 13 Jahren 311 Publikationen gezählt.¹ Gut ein Drittel davon – 108 – sind in englischer Sprache erschienen und waren damit weit über Deutschland

¹ Eine scheinbar so einfache und eindeutige Aufgabe, wie das Zählen der Nennungen in einer Publikationsliste offenbart auf schlagende Weise die Schwierigkeiten empirischen Arbeitens. Gäbe man drei Beobachtern die Aufgabe, die Zahl der Publikationen zu ermitteln, so kämen wohl drei verschiedene Auskünfte

hinaus in der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft sichtbar. Auch auf französisch, italienisch, portugiesisch und russisch sind Schriften der Abteilung erschienen. Unter den 311 Publikationen finden sich 52 Bücher, davon 21 auf englisch, und neben 30 Sammelbänden weist das Verzeichnis auch 22 Monographien auf.

Kurzum, die Antwort auf meine erste Frage scheint mir klar und eindeutig: Ja, das ist ein beeindruckendes Oeuvre, ein Lebenswerk, auf das der Abteilungsdirektor Klingemann, sein gesamter Stab und das WZB stolz sein können und an dem sich die Nachfolger werden messen lassen müssen.

2. Was habe ich aus der Arbeitsarbeit gelernt? (Gibt es klar kommunizierbare und reproduzierbare Einsichten?)

Der Auftrag des gegen Ende der achtziger Jahre ins Leben gerufenen Forschungsschwerpunkts „Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse“ bestand darin, Veränderungen der Bedürfnisse und Ansprüche der Bürger zu ermitteln und herauszufinden, wie sich politische Organisationen an die neuen Bedingungen anpassen. Das ist übrigens aus heutiger Sicht eine durchaus bemerkenswerte, keineswegs selbstverständliche Aufgabenformulierung, die noch ganz den Geist dessen atmet, was Giovanni Sartori einmal als „sociology of politics“ bezeichnet hatte, und der gegenüber er die Perspektive einer „political sociology“ propagierte, in der die Politik nicht nur als auf soziale Veränderungen reagierend konzipiert wird. Heute würde man vermutlich viel stärker auch danach zu fragen trachten, wie die politischen Institutionen selbst die Bedürfnisse, Ansprüche und Präferenzen der Bürger formen.

Die Arbeit der von Herrn Klingemann geleiteten Abteilung lässt sich dann aber meines Erachtens auch im Sinne von Sartori durchaus als *political sociology* begreifen. Im Vordergrund stand aus meiner Sicht die Frage: Wie funktioniert eigentlich die Demokratie in verschiedenen Ländern? Dieser Leitfrage wurde im klaren Bewusstsein der Existenz verschiedener Gestaltungsformen der Demokratie systematisch von unten nach oben auf drei Ebenen nachgegangen: Auf der Ebene der Staatsbürger wurde gefragt, welche Ansprüche an das politische System gerichtet werden und welchen Rückhalt es genießt. Auf der Ebene intermediärer Gruppen wurde nach der Erfüllung von Vermittlungsfunktionen durch Parteien, Verbände und Medien gefragt. Auf der Ebene der politische Eliten wurde schließlich untersucht, wie responsiv sie sind und wie effektiv ihre Politikproduktion in verschiedenen

dabei heraus. Das hängt mit der uneindeutigen Operationalisierung des Begriffs „Publikation“ zusammen. Wie verfährt man mit Mehrfachpublikationen eines Artikels in verschiedenen Sprachen, wie wertet man Discussion Papers? Ich habe hier auch Discussion Papers als Publikationen gezählt, dafür aber Mehrfachveröffentlichungen eines Beitrags nur einmal berücksichtigt.

politischen Systemen ist. Das ist meines Erachtens ein sehr ehrgeiziges und umfassendes Programm, dem wohl niemand nachsagen kann, dass es ihm an innerer Kohärenz mangle.

In der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit will ich nun kurz berichten, welche Einsichten ich zu diesen drei Ebenen aufgrund des Berichts über die geleisteten Forschungsarbeiten gewonnen habe und welche Fragen ich dazu gerne diskutieren würde, wenn wir für inhaltliche Gespräche miteinander Zeit fänden. Ganz ausblenden muss ich in meiner Darstellung die Frage nach der empirischen Fundierung und Reproduzierbarkeit der Befunde, weil ich ihr aus Zeitgründen in keiner Weise nachgehen konnte. Ich stelle die Richtigkeit der empirischen Befunde also im Folgenden nicht in Frage, sondern gehe vielmehr davon aus, dass sie auch im Lichte einer strengen methodologischen Kritik als gültig und gesichert gelten können.

Thema 1: Bürger und Staat in Deutschland und Europa

In diesem Themenblock waren sieben Erkenntnisse für mich von besonderem Interesse:

- i) Die politischen Zielvorstellungen demokratischer Bürger beschränken sich nicht auf materielle Ziele, sondern sind im Zuge des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft um postmaterialistische Issues ergänzt worden. Gleichzeitig hat sich das politische Aktionsrepertoire der Bürger um neue Formen legalen Protests erweitert. Trotz dieser doppelten Ausdehnung sind die Ansprüche an den Staat nicht, wie es die These von der Anspruchsinflation suggeriert, kontinuierlich gewachsen. Die Bürger zeigen vielmehr eine erhebliche Anpassungselastizität und sind bereit, ihre Ansprüche zurückzuschrauben, wenn die politischen Eliten glaubhaft Finanzierungsengpässe nachweisen können. Die Zufriedenheit mit der Demokratie nimmt nicht ab, sondern sogar zu.
- ii) Die politische Prägekraft der alten Konfliktlinien Klasse und Religion nimmt ab, und die bisherige bipolare Konstellation des Parteiensystems wird mit dem Hervortreten postmaterialistischer Wertorientierungen triadisch. Es kommt zu einer Rationalisierung und Säkularisierung des Wahlverhaltens, in deren Rahmen sich der Anteil traditioneller Stammwählerschaften an der Gesamtwählerschaft von CDU/CSU und SPD halbiert hat.
- iii) Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Wähler umso taktischer und weniger gemäß fixer Präferenzen abstimmen, je majoritärer das Wahlsystem ist, also je weniger sich die Stimmanteile der Parteien proportional in Sitzanteile übersetzen.
- iv) Die Entwicklung eines europäischen Demos – also einer europäischen Öffentlichkeit, die sich als Adressat und Subjekt einer gemeinsamen Politik versteht – stößt bei Ausweitung der Europäischen Union (EU) auf erhebliche Probleme, weil die sozioökono-

mische und soziokulturelle Heterogenität stark zunimmt. Während uns die Nachbarländer, die ehemals zum Habsburger Reich gehörten, in den politischen Wertvorstellungen sehr ähnlich sind – übrigens sogar ähnlicher als die USA –, unterscheiden sich die von der Ostkirche geprägten orthodoxen Länder sowie die vom Islam geprägten Teile Osteuropas ganz erheblich. Deren Bürger schätzen zwar Solidarität und unverteilende staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben in ähnlichem Maße wie die Westeuropäer, legen aber viel weniger Wert auf Freiheit und Eigenverantwortung und bringen Minderheiten gegenüber sehr viel weniger Toleranz auf.

- v) In Osteuropa haben sich die politischen Parteien fest etabliert, und die Parteiensysteme ähneln denen Westeuropas. Insofern kann keine Rede davon sein, dass Parteien durch soziale Bewegungen abgelöst werden.
- vi) Im Licht dieses Ergebnisses fand ich auch interessant, dass von der Abteilung für Deutschland ein starker Rückgang der Mitgliederzahlen der Verbände ermittelt wurde. Hier habe ich mich aufgrund der amerikanischen Auseinandersetzungen um Robert Putnams berühmte Zeitdiagnose in „bowling alone“ gefragt, ob sich bei solchen Daten auf der Ebene der Assoziationen nicht vielleicht doch ein genereller Trend von formellen zu informellen Zusammenschlüssen – also gleichsam vom *Verband* zur informellen Gruppierung – manifestiert.²
- vii) Im internationalen Vergleich zeigt sich jüngst ein starker Aufschwung der Demokratie – was Huntington bekanntlich als „Third Wave“ bezeichnet hat –, und dieser Aufschwung lässt sich modernisierungstheoretisch als Beleg für den engen Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Wohlstand, Wertewandel im Sinne von Emanzipationsansprüchen und Demokratisierung verstehen – wozu im Forschungsbericht auf die Humanentwicklungstheorie von Sen verwiesen wird, die meines Erachtens als eine Variante der Modernisierungstheorie gelten kann.³

Mögliche Nachfragen

Zwei dieser Einsichten würde ich besonders gerne mit Herrn Klingemann, wenn er uns denn erhalten bliebe und wenn wir Zeit für inhaltliche Diskussionen fänden, erörtern. Das

2 In Amerika hatte der Ladd-Report ja festgestellt, dass der von Putnam berichtete Rückzug aus den Parent-Teacher-Associations (PTAs) mit einem parallelen Aufschwung der Beteiligung in informellen Parent-Teacher-Groups (PTOs, das sind informelle Parent-Teacher-Organizations) einherging.

3 Ein weiteres berichtenswertes Ergebnis wäre z.B., dass die Einschätzung der EU offenbar weniger von der Wahrnehmung ihrer demokratischen Performanz abhängt, als von der systemischen Performanz, so dass auf europäischer Ebene die Legitimation durch Leistung überwiegt (ein Ergebnis, das theoretischen Erwartungen entspricht, wie sie z.B. von Peter Flora im Berliner Journal für Soziologie 2000 formuliert worden sind).

ist zum einen der von Optimismus geprägte Befund bezüglich der ungebrochenen Legitimität der parlamentarischen Demokratie und zum anderen der modernisierungstheoretischen Optimismus verratenden Befund zum Zusammenhang von sozioökonomischer Entwicklung und politischer Demokratisierung.

Zum ersten Thema heißt es im Bericht der Abteilung: „Von einem Legitimationsproblem der repräsentativen Demokratien Westeuropas kann in den siebziger und achtziger Jahren nicht gesprochen werden“ (S.12). Die für mich offene Frage ist, ob das auch heute noch genau so gilt, denn mich beeindruckt in neueren Eurobarometern immer wieder, wie selten Vertrauen in Regierung oder Parlament auch nur von der Hälfte der Bürger berichtet wird und wie verbreitet doch das bekundete Misstrauen ist.⁴

Zum zweiten Forschungsfeld – Modernisierungstheorie und Demokratie – würde mich interessieren, wie die Abteilung ihre Befunde im Licht der eher qualitativ arbeitenden Politikwissenschaft sieht, die in meinen Augen gewöhnlich zeigt, wie abhängig der Demokratisierungsprozess von der jeweiligen Konstellation der Machtbeziehungen, auch im internationalen System, ist.⁵ Auch Huntington verweist bezüglich der *Third Wave* auf die gewandelte Rolle der katholischen Kirche nach der Auseinandersetzung mit der Befreiungstheologie sowie neben Rueschemeyer, Huber -Stephens und Stephens auf die veränderte Rolle der USA insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, d.h. dass auch er – ähnlich wie schon in seinen früheren Werken – keinen Modernisierungs-Automatismus sieht, sondern die Demokratisierung als Funktion der Machtbeziehungen verschiedener kollektiver Akteure betrachtet, zu denen auch externe Akteure wie die USA oder die katholische Kirche zählen.

Thema 2: Politische Systeme und kollektive Akteure (die Mesoebene der intermediären Gruppen)

Hier hat sich die Abteilung mit Medien, Verbänden und Parteien beschäftigt und auf sehr verdienstvolle Weise zur Entwicklung neuer Datenbasen beigetragen, welche die Wahl- und Regierungsprogramme von Parteien und Koalitionsregierungen inhaltsanalytisch er-

4 Richtig ist sicherlich, dass auch heute noch die Mehrheit der Bürger Europas in Eurobarometer-Umfragen mit der Demokratie zufrieden ist, aber nur in vier Mitgliedsländern der EU bekundeten 1999 mehr als die Hälfte der Bürger Vertrauen in ihre Regierung, und nur in sechs Ländern sprach mehr als die Hälfte der Bürger dem Parlament das Vertrauen aus. Der Anteil derjenigen, die Vertrauen in die politischen Parteien bekundeten, erreichte 1999 in keinem Land Europas auch nur annähernd den Anteil derjenigen, die den Parteien misstrauisch gegenüberstanden.

5 So etwa früh Barrington Moore oder Göran Therborn sowie jüngst auch Rueschemeyer, Huber Stephens und Stephens in ihrem Buch „Capitalist Development and Democracy“.

fassen und den Vergleich der Agenda von Parteien auf der einen sowie von Medien auf der anderen Seite erlauben.

Für mich waren hier vier Befunde von besonderem Interesse:

- i) Es gibt keinen Trend zur Konvergenz der Parteien in Richtung nur wenig unterscheidbarer Volksparteien, die in ähnlicher Weise um die Gunst des Medianwählers buhlen. Die Parteien machen vielmehr deutlich unterscheidbare alternative Politikangebote, und über die Zeit hinweg schwanken sie – wie Frau Volkens' Beitrag deutlich gemacht hat – eher parallel in den Winden des Zeitgeistes, ein Ergebnis, das meines Erachtens übrigens gut zu Albert Hirschmans Vorstellung von den langen Wellen der „shifting involvements“ passt.
- ii) Die Angebote der Parteien stimmen recht gut mit den Orientierungen ihrer Anhänger überein; insofern sind sie responsiv, wobei Parteien des rechten Spektrums etwas flexibler, die des linken Spektrums etwas starrer sind.⁶
- iii) Die Parteien halten sich nach der Wahl an ihre Programme, d.h. es besteht eine starke Übereinstimmung zwischen dem, was sie vor der Wahl ankündigen, und dem, was sie danach als Regierung tun.
- iv) Die Leistungsfähigkeit liberaler Demokratien hat den Befunden der Abteilung zufolge nicht nachgelassen, und Zielkonflikte (*trade-offs*) zwischen diversen Politikfeldern haben sich nicht verschärft (wobei zwischen der Form der Demokratie und der Leistungsfähigkeit kein klarer Zusammenhang ermittelt werden konnte).

Eine gewinnbringende Diskussion könnte hier auf drei Aspekte eingehen. Deren gemeinsamer Nenner liegt vielleicht in der Frage, inwieweit die wohl primär für die achtziger und frühen neunziger Jahre gewonnenen Einsichten auch heute noch uneingeschränkt Bestand haben.

Drei mögliche Nachfragen zum Thema 2

- Wie verträgt sich das Ergebnis der Persistenz alternativer Politikpositionen der Parteien bei hoher Responsivität mit dem im ersten Themenblock ermittelten Ergebnis der Halbierung der Stammwähleranteile? Wie ist die Brücke zwischen diesen Befunden zu schlagen?

6 Klarzustellen wäre hier, wie genau der Übereinstimmungsgrad zwischen Parteien und „Anhängern“ erfasst ist, d.h. wer mit „Anhängern“ gemeint ist, die Stammwähler oder die Mitglieder. Nachfragen ließe sich auch, ob die gemessene Übereinstimmung wirklich die „Responsivität“ der Parteien und nicht ihre Prägekraft zum Ausdruck bringt, und was man diesbezüglich über die Kausalfolge sozialer und politischer Faktoren weiß.

- Wie passt die ermittelte Übereinstimmung von Wahlpropaganda und Regierungshandeln zur heute unter Politologen prominenten Idee der *blame avoidance* als basaler Logik der Politik in Wohlfahrtsstaaten, die sparen müssen? Diese Frage verweist auch auf das meines Erachtens in der Politikwissenschaft noch wenig verbundene Nebeneinander und die noch etwas prekäre Kumulation der Einsichten aus eher quantitativ und eher institutionell-qualitativ arbeitenden Schulen.
- Wie sicher sind Schlüsse bezüglich der Effektivität oder der Leistungsfähigkeit der Politik auf der Basis von prozess-produzierten Schlüsseldaten über *policy outcomes*, deren Messung oft recht grob bleibt und die überdies auch von sehr vielen außerpolitischen Faktoren abhängen? Bedarf eine solide Antwort auf die Frage „Do institutions matter?“ nicht sehr viel feinerer Daten, als wir sie gewöhnlich in den komparativen Datensammlungen der OECD oder anderer Organisationen finden? Eine Analogie aus dem Fußballsport mag hier vielleicht illustrieren, was gemeint ist. Die meisten Fußballer wären sich vermutlich darüber einig, dass die Abschaffung der Abseitsregel einen wesentlichen institutionellen Wandel darstellen würde, der den Charakter des Spiels tiefgreifend verändert. Aber wie würde man die Auswirkungen dieses institutionellen Wandels mit Hilfe der üblichen prozess-produzierten Daten der Fußballstatistik wohl erfassen? Wären z.B. mehr Tore zu erwarten? Nicht unbedingt, aber würde eine unveränderte Torquote dann wirklich ein Indiz für die Folgenlosigkeit des Regelwandels sein? Die Verteilung der Spieler im Raum sowie der Anteil langer Pässe würden sich wohl mit Sicherheit ändern, aber über sie geben die routinemäßig produzierten Daten der Fußballstatistik keine Auskunft. Um zur Sozialpolitik zurückzukehren: Ich bin mir trotz der berichteten Befunde der Abteilung nicht sicher, ob wir zur Zeit nicht doch im Zeichen sichtbar werdender *policy trade-offs* stehen, so dass bei knappen Mitteln und unter Vorgabe der Budgetrichtlinien der EU z.B. zwischen Bildungs- und Rentenpolitik sehr viel stärkere Zielkonflikte entstehen, als das bis in die 80er Jahre hinein der Fall war.⁷

7 In Schweden wurde jüngst unter der Führung Joakim Palmes ein recht differenziertes und aufwändiges Forschungsprogramm zur Frage aufgelegt, welche sozialen Folgen die jüngsten Veränderungen der schwedischen Sozialpolitik zeitigten. Hier zeigte sich zum einen, dass die Evaluation der Leistungsfähigkeit staatlicher Politik recht diffizil ist und relativ feiner, auf die jeweiligen Programme zugeschnittener Indikatoren bedarf, zum anderen aber auch, dass sich im Bereich der sozialen Dienste Versorgungsquoten, private Finanzierungsanteile und ähnliche Indikatoren in der letzten Dekade doch z.T. deutlich zu Ungunsten der Empfänger verschoben haben. Hier liegt übrigens auch ein wichtiges Feld der Verknüpfung von politologischen Studien über die Veränderung politischer Programme und soziologischen Forschungen über Wohlfahrtsentwicklung und die Veränderung von Lebenslagen.

Thema 3: Politische Eliten und politische Repräsentation

Hier hat sich die Abteilung mit der Rekrutierung politischen Personals, mit der Responsivität des politischen Prozesses sowie mit Repräsentationsrollen in verschiedenen Gestaltungsformen der Demokratie beschäftigt. Für mich hat die Lektüre des Abschlussberichts zu diesem Thema zu sechs zentralen Einsichten geführt:

- i) Die Sozialstruktur des Parlaments spiegelt nicht mehr die Sozialstruktur der Gesellschaft, aber das ist für die Frage der Repräsentativität politischer Institutionen heute weniger relevant. Die Parteien orientieren sich bei der Rekrutierung ihres Personals nämlich nicht an sozialen Merkmalen, sondern an Merkmalen politischer Kompetenz.⁸ Im Bestreben um eine Professionalisierung ihres Personals haben sie ein eigenständiges Ausbildungssystem für Politik entwickelt. Damit steigt die Bedeutung parteipolitischer Sozialisationsprozesse, und die Verpflichtungsfähigkeit der Parteien gegenüber den Abgeordneten nimmt zu. *Dieser* Mechanismus sichert nun die kollektive Repräsentation, und die soziale Herkunft der Repräsentanten wird demgegenüber eher bedeutungslos.
- ii) Im Europäischen Parlament ist die Einstellungshomogenität der Abgeordneten gleicher Parteienbünde größer als die Ähnlichkeit unter Abgeordneten aus demselben Land, d.h. der Mechanismus der Parteipolitisierung funktioniert auch auf europäischer Ebene.
- iii) Die Kommunikationsdichte zwischen Parlamentariern und kollektiven Akteuren nimmt zu, und die Berücksichtigung der Interessen variiert mit der Dichte des Kommunikationsprozesses. Das gilt besonders auf der europäischen Ebene (und es umfasst vermutlich auch die Dichte von Finanzierungsströmen zwischen Politik und Verbänden – JA).
- iv) Das Verhalten der Politiker variiert mit den Anreizstrukturen in verschiedenartig gestalteten Demokratien. In Systemen mit Mehrheitswahlrecht überwiegt die Orientierung am Medianwähler, in Proporzsystemen dagegen die Orientierung an den Parteiwählern.
- v) Je stärker personalisiert das Wahlrecht ist, desto stärker orientieren sich die gewählten Repräsentanten am Wahlkreis, also am territorial definierten Interesse der Wähler.
- vi) Im Vereinten Europa steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Politiker nicht rein territorial an den Interessen der Wähler ihres Landes orientieren, umso mehr, je proportionaler das Wahlrecht und je zentraler damit die Rolle der Parteien ist. Die Euro-

⁸ Zu verwandten Befunden – Professionalisierung der Parlamente bei zunehmender Mittelschichtdominanz – kamen auch Best und Cotta in ihrer historisch vergleichenden Studie über „Parliamentary Representatives in Europe 1848-2000“.

päisierung der Abgeordnetenorientierung ist also nicht nur eine Funktion der Entwicklung einer europäischen Staatsbürgeridentität, sondern auch eine Funktion institutioneller Weichenstellungen.

In diesem Bereich würde es sich meines Erachtens lohnen, besonders über drei mögliche Nachfragen nachzudenken.

Nachfragen zum Thema 3

- Wie ist das Zusammenspiel zwischen dem Wahlkanal der Repräsentation und dem korporativen Kanal zu konzeptionalisieren, wenn es um die Responsivität des politischen Systems geht? Was bedeutet es z.B. im Sinne der Repräsentativität und *responsiveness* der Politikproduktion, wenn der Bevölkerungsanteil der in der Landwirtschaft Tätigen dramatisch schrumpft, der Vernetzungsgrad ihrer Verbände mit den politischen Akteuren und der Grad der Kontrolle der Verbandsführungen über die Mitglieder aber steigt? Kann man dann nicht doch von einer zunehmenden Verzerrung der Responsivität sprechen?
- Welches Verhältnis besteht zwischen der Responsivität und der Effektivität der politischen Eliten? Gibt es dort einen *trade-off*, der unter Umständen auch mit dem Wahlsystem variiert? Die Frage, ob übergroße Responsivität nicht auch lähmt, bewegt uns gerade in Deutschland in diesen Tagen – und Ralf Dahrendorf hat in seinen Schriften wiederholt auf das Spannungsverhältnis von dem, was er „Initiative“ und „Kontrolle“ nennt, aufmerksam gemacht.
- Ist es wegen der gestiegenen parteipolitischen Professionalisierung wirklich bedeutungslos, in welchem Maße die Sozialstruktur von Gesellschaft und Parlament übereinstimmen, oder bedeutet die mangelnde Repräsentation bestimmter Gruppen oder Schichten nicht doch einen nachlassenden Anreiz zur Teilnahme an Wahlen und damit auch zur Verzerrung der Politikproduktion bzw. der *policy outputs* zugunsten parlamentarisch repräsentierter und häufiger zur Wahl gehenden Schichten?

Ungeachtet solcher Nachfragen ergibt sich für mich als Folge der Auseinandersetzung mit den Forschungsbericht der Abteilung ein klares *Fazit*: Die Abteilung hat nicht nur mit hoher Produktivität eine große Fülle von Arbeiten publiziert, sondern auf der Basis von echter empirischer Grundlagenforschung eine große Menge an wichtigen, klar kommunizierbaren Einsichten gewonnen. Damit hat sie den sozialwissenschaftlichen Diskurs stark bereichert, empirisch unterfüttert und erheblich angeregt.

3. Finde ich in meiner neuen Rolle als Abteilungsdirektor etwas vorbildlich? („Benchmarking“)

Ja, hier gibt es durchaus eine Reihe von Punkten, die ich als für mich vorbildlich erachten und an die ich gerne anknüpfen würde. Fünf Aspekte sind besonders bemerkens- und bewundernswert:

- i) Die Abteilung hat *echte empirische Grundlagenforschung* betrieben. Sie hat also nicht nur sekundäranalytisch empirisch gearbeitet, sondern selbst einen Grundstock von neuen Datensammlungen geschaffen. Dazu zählen die inhaltsanalytische Verarbeitung von Wahlprogrammen und Regierungserklärungen im *Comparative Manifestos Project* (CMP), die Inhaltsanalysen der Verfassungen von 64 Ländern im Zeitraum 1960-96, eine Datensammlung zur Zusammensetzung der Kabinette in OECD-Ländern von 1960-98, eine Datensammlung zur Ressourcenausstattung der Parlamente von 22 Ländern sowie diverse Umfragen nicht nur auf Bevölkerungsebene (Europawahlstudie und Deutschlandwahlstudien), sondern auch auf Abgeordnetenebene (Parlamentarier in Europa). Zur Zeit wirkt die Abteilung am neuen *European Social Survey* (EVS) mit. Trotz dieser aufwändigen und aufopferungsvollen empirischen Kärnerarbeit erschöpften sich die Aktivitäten der Abteilung aber nicht in der Erstellung und Pflege von Datensammlungen, sondern es gelang stets, die aufwändige empirische Basisarbeit mit einer Fülle von Analysen zu kombinieren. Die Abteilung ertrank also nicht in ihren Daten bzw. in der Datenproduktion, und wie man diesen Spagat schafft, würden viele – darunter auch ich – gerne von Herrn Klingemann lernen.
- ii) Die *Breite abgedeckter Themen*, die sämtlich von politischer Relevanz sind, ist beeindruckend. Es ging hier um politische Repräsentationsstile, um die Legitimität und Effektivität politischer Systeme, um Demokratisierungsprozesse in Osteuropa, um die deutsche Einigung und um Europäisierungsprozesse. Es liegt nahe, hier ein analytisches Konzept der Abteilung auf sie selbst anzuwenden: Die *responsiveness* der wissenschaftlichen Arbeit gegenüber aktuellen politischen Wandlungsprozessen in Deutschland und Osteuropa ist wirklich bemerkenswert. Die Abteilung hat damit auf einer Vielzahl von Gebieten, die im Zentrum politischer Aufmerksamkeit stehen, im besten Sinne anwendungsorientierte Grundlagenforschung geleistet, um die es im WZB zentral gehen soll.
- iii) Die *vergleichende und internationale Orientierung* der Arbeitsarbeit ist meines Erachtens vorbildlich. Der erste Begriff bezieht sich hier auf die komparative Perspektive der Forschung, der zweite auf die internationale Kooperation. Zählt man nach, so nennen 138 der 311 Publikationen der Abteilung mehr als einen Autor, oft handelt es sich um ganze Teams, die zusammen ein Thema bearbeiteten; immer wieder werden

rege internationale, aber ebenso nationale und überdies – auch das ist bemerkenswert – abteilungsinterne Autorenpartnerschaften signalisiert. Kooperation war in dieser Abteilung ganz offensichtlich groß geschrieben.

- iv) Betrachtet man die andere Rolle, die ein WZB-Direktor spielen soll, und schaut auf Herrn Klingemanns Aktivitäten als akademischer Lehrer in Berlin, so fallen seine bemerkenswerten *Qualifizierungsleistungen als FU-Professor* auf. Vier Habilitationen sind im Kontext seiner Abteilungsarbeit entstanden: Dieter Fuchs – inzwischen Professor in Stuttgart –, Edeltraud Roller, Christian Welzel, Bernhard Weßels. Alle sind heute erste Adressen der deutschen Politikwissenschaft. Überdies wurden neun Dissertationen in der Abteilung geschrieben, und die stete Integration des Nachwuchses in Publikationsaktivitäten sowie Netzwerke internationaler Zusammenarbeit fällt dem Leser des Berichts auf. Dazu hat auch die wiederholte Präsenz illustrier Wissenschaftler in der Abteilung beigetragen: Budge, Hofferbert, Lijphart, Rose, Inglehart, Easton, Lipset, Ken Newton – fast alles, was Rang und Namen hat, war wiederholt in der Abteilung zu Gast.
- v) Beim Blick auf die an der Universität geleisteten *Lehre* hat mich zudem die Breite des Angebots, über die speziellen Forschungsthemen der Abteilung hinaus, beeindruckt. So findet man z.B. Fuchs über die athenische Demokratie oder Roller über Neue Politische Ökonomie oder auch über vergleichende Policy-Forschung; Herr Klingemann hat in der Lehrerweiterbildung über Innenpolitik, im Graduiertenkolleg über die Demokratie in den USA, aber im FU-Hauptstudium auch mit lokalem Bezug über die Analyse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus gelehrt; Bernhard Weßels bot Kurse über Demokratie und Interessenvermittlung in der Europäischen Union an. Man kann also wirklich nicht behaupten, den Berliner Studierenden sei aus dieser Abteilung heraus wenig geboten worden.

4. Sind mir auch einzelne Desiderata bzw. Verbesserungspotentiale bewusst geworden?

Die Beschäftigung mit diesem beeindruckenden Forschungsbericht hat mir schließlich auch geholfen, mir einige – wenn man so will, wissenschaftspolitische – Desiderata noch einmal klarer vor Augen zu führen. Fünf davon sind meines Erachtens hier erwähnenswert:

- Es ist wichtig, so verdienstvolle *Datensammlungen* wie die der Abteilung allgemein sichtbar und verfügbar zu machen, z.B. indem man sie der *scientific community* im Internet zur Verfügung stellt. Es macht wirklich wenig Sinn, wenn Sozialforscher in der Welt immer wieder aufs Neue damit beginnen, die Zusammensetzung der Kabinette zu

erfassen oder Regierungserklärungen auszuwerten, obwohl diese Arbeiten hier schon geleistet wurden. Gewinnt eine Institution einmal das Image, im Internet zahlreiche nützliche Datensammlungen bereitzustellen, kommt das ihrem Renommee durchaus zugute.

- *Englischsprachige Publikationen* kamen in der Abteilung auf vorbildliche Weise – z.B. mit wiederholten Publikationen bei Oxford University Press – zum Zuge. Sie sollten aber künftig im WZB noch stärkere Beachtung finden. So ist mir aufgefallen, dass alle neun Dissertationen der Abteilung auf deutsch erschienen sind. Das war früher natürlich fast ausnahmslos so die Regel, ist aber im Vereinten Europa und in der globalisierten Welt künftig vielleicht nicht mehr so selbstverständlich wie in der Vergangenheit.
- Drittens denke ich, dass wir angesichts der doch recht häufigen Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit der Befunde einzelner empirischer Studien künftig nicht nur eigenständigen Recherchen, sondern auch *Sekundäranalysen oder Meta-Analysen* einen Platz einräumen sollten. Wir sollten also danach streben, den *state of the art* nach Jahren oder Jahrzehnten der Forschung in kumulativer Absicht zusammenzuführen. Dann könnten wir z.B. fragen, wie sich der Befund stabilen Vertrauens in die demokratischen Institutionen mit dem Aufstieg des Populismus in Europa verträgt.
- Bei der Lektüre von Forschungsberichten tritt – ganz ähnlich wie in den politologischen Forschungen der Abteilung über politische Prozesse – deutlich die große Bedeutung von Netzwerken und Kommunikationsbeziehungen zu Tage. Als jemandem, der aufgrund biographischer Zufälligkeiten in verschiedenen Netzwerken gelebt hat, fällt mir immer wieder die große *Differenzierung* der Forschungslandschaft in voneinander weitgehend abgeschottete *Netzwerke* quantitativer und qualitativer Forscher auf. Das sollte meines Erachtens durch einen gezielten Pluralismus, etwa auf Tagungs- oder auch Rekrutierungsebene, konterkariert werden. Dabei kann es nicht sinnvoll darum gehen, die Vertreter einer Richtung umzubiegen, und es bringt auch wenig, nach dem Rotationsprinzip mal die eine oder die andere Richtung ans Ruder zu bringen, sondern das Ziel muss gerade sein, beide so zu akzeptieren, wie sie sind, und systematisch miteinander ins Gespräch zu bringen.⁹

9 Ich bin davon überzeugt, dass davon sowohl Institutionalistinnen wie Rueschemeyer, Lehbruch oder Scharpf als auch Daten und Umfragen gestützte Forscher, wie wir sie hier in der Abteilung finden, sehr profitieren würden. Im Abteilungsbericht macht die Liste der Gastwissenschaftler die bestehenden Netzwerke sehr deutlich, aber wenn es um Themen wie institutionenabhängige Repräsentationsstile, Präferenzmuster in Mehrheits- oder Verhältniswahlssystemen oder auch die Beziehung zwischen elektoralem und korporativem Kanal der Interessenrepräsentation geht, dann würde ich liebend gern qualitative Politologen, wie Gerhard Lehbruch oder dessen Schüler, mit quantitativ arbeitenden Politologen, wie Frau Roller oder Herrn Weßels, vernetzen. Die pluralistische Vernetzung verschiedener Forschungsstile ist meines Erachtens ein großes Desideratum, aber Steuerungsversuche, die hier über die Schaffung von Anreizen bzw. Gelegenheitsstrukturen hinausgehen, laufen erfahrungsgemäß oft Gefahr, kontraproduktiv zu werden.

- Schließlich hat der Bericht gezeigt, dass im *WZB Synergiepotentiale* bestehen, die auch immer wieder genutzt werden. So ist mir die abteilungsübergreifende Kooperation mit Herrn Neidhardt oder Jürgen Gerhards aufgefallen, wenn es um Medienthemen ging. Mit der Abteilung von Herrn Zapf wurde offenbar bei der Produktion des Datenreports kooperiert. Andererseits fällt auf, wie gelegentlich in diversen Abteilungen über ähnliche Themen und Fragestellungen gearbeitet wurde, ohne dass es zu kooperativem Austausch gekommen wäre – wenn beispielsweise im Fall der Forschung zur deutschen Einigung offenbar in zwei Abteilungen parallel über Determinanten der Demokratiezufriedenheit in Ost- und Westdeutschland sowie über die Bedeutung von Sozialisation oder Situation nachgedacht wurde.

Die stärkere Nutzung solcher Synergiepotentiale erfordert vor allem Informationsaustausch und die Schaffung von Freiräumen für inhaltliche Gespräche. Ich kann für meine Seite sagen, dass ich für Kooperationen zwischen unseren Abteilungen diverse Anknüpfungspunkte sehe, über deren Aufgriff ich mich sehr freuen würde. Auf alle Fälle würde ich mir wünschen, dass die Gelegenheit zur insgesamt zunehmend erwünschten schwerpunktübergreifenden Kooperation im WZB durch die hoffentlich noch lange Präsenz so hervorragender Forscher wie Edeltraud Roller, Andrea Volkens oder Bernhard Weißels im Hause noch lange bestehen und die Chance zu inhaltlichen Gesprächen mit Herrn Klingemann in Berlin auch nach seinem Ausscheiden aus dem WZB nicht abreißen mögen.

Hans-Dieter Klingemann

Das WZB als Träger sozialwissenschaftlicher Forschung: Ein Nachwort

Die Beurteilung des Ertrags des Forschungsprogramms der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel muss der *scientific community* vorbehalten bleiben. Auf offene Fragen hat der Kollege Alber in seiner kritischen Würdigung bereits hingewiesen. Es liegt mir daran, abschließend noch einmal auf den speziellen Charakter des WZB als außeruniversitärer Forschungseinrichtung hinzuweisen. Wie kaum ein anderes Institut ermöglicht das WZB langfristig angelegte Forschungsprogramme. Wir konnten unsere Projekte in einem Zeitrahmen von mehr als zehn Jahren planen. Ähnliches wäre in einem Universitätsinstitut nicht möglich gewesen. Unterstützt durch eine gute Ausstattung, eine hervorragende Forschungsbibliothek und eine flexible Verwaltung konnte die Abteilung großflächige komparative Projekte anregen, durchführen und verlässlicher Partner in internationalen Forschungsnetzwerken sein. Kurz, ohne den WZB-Kontext hätten wir den „langen Atem“ nicht gehabt, den unser Projekttyp erforderte.

Trotzdem haben wir das WZB nicht als Elfenbeinturm empfunden. Wir haben stets mit anderen Berliner Forschungseinrichtungen, insbesondere den Universitäten, zusammengearbeitet. Die Durchlässigkeit zwischen außeruniversitären und universitären Einrichtungen hatte Vorteile für beide Seiten. Sie half einerseits – soweit die Lehre betroffen war – den Universitäten: So haben Wissenschaftler der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel während des Zeitraums ihres Bestehens 108 Lehrveranstaltungen, d.h. im Durchschnitt mehr als 8 Semester-Wochenstunden pro Jahr, angeboten. Sie half andererseits den wissenschaftlichen Mitarbeitern bei ihrer Qualifikation. Neun wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung (von insgesamt 21) haben an der Freien Universität Berlin promoviert, vier habilitiert. Alle konnten an der Universität die Lehrerfahrungen sammeln, die für eine weitere wissenschaftliche Karriere unverzichtbar sind.

Forschung ist ein Prozess. Und weil Forschung aus diesem Grunde eigentlich nie zu Ende gehen kann, bleibt auch bei uns das Gefühl, es sei noch etwas zu tun. Aber wir wissen natürlich auch, dass Forschungsprogramme beendet werden müssen. Wie sollte sonst etwas Neues beginnen können? Die Mitarbeiter der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel haben das Privileg gehabt, im WZB mehr als 12 Jahre an einem gemeinsamen Forschungsprogramm arbeiten zu dürfen. Sie sind allen denen dankbar, die dies ermöglicht und unterstützt haben.